

Bundesgesetzblatt ¹²⁴⁹

Teil II

G 1998

2011

Ausgegeben zu Bonn am 14. Dezember 2011

Nr. 32

Tag	Inhalt	Seite
6.12.2011	Gesetz zum Vorschlag für eine Verordnung über die elektronische Fassung des Amtsblatts der Europäischen Union GESTA: C092	1250
6.12.2011	Gesetz zu dem Abkommen vom 21. Oktober 2010 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über die Erneuerung und die Erhaltung der Grenzbrücke über die Mosel zwischen Wellen und Grevenmacher GESTA: XJ004	1253
6.12.2011	Gesetz zur Verleihung der Rechtsfähigkeit an das Gemeinsame Wattenmeersekretariat – Common Wadden Sea Secretariat (CWSS) (CWSSRechtsG) FNA: neu: 180-52 GESTA: N023	1260
6.12.2011	Gesetz zur Änderung des Übereinkommens vom 11. Oktober 1985 zur Errichtung der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur GESTA: XL001	1261
6.12.2011	Zweites Gesetz zur Änderung des Übereinkommens vom 4. August 1963 zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank GESTA: XL002	1266
6.12.2011	Gesetz zur Änderung des Übereinkommens vom 29. November 1972 über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds GESTA: XL003	1280
2.11.2011	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie	1288
2.11.2011	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1979 über den Such- und Rettungsdienst auf See	1292
2.11.2011	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchstoffe in der durch das Änderungsprotokoll vom 25. März 1972 geänderten Fassung	1293
2.11.2011	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (Aarhus-Übereinkommen)	1293
2.11.2011	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Meeresbodenbehörde	1294
2.11.2011	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen	1294
2.11.2011	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zusatzprotokolls zum Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten betreffend Kontrollstellen und grenzüberschreitenden Datenverkehr	1295
2.11.2011	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zusatzprotokolls gegen die Schleusung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität	1295
2.11.2011	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes	1296

**Gesetz
zum Vorschlag für eine Verordnung
über die elektronische Fassung des Amtsblatts der Europäischen Union**

Vom 6. Dezember 2011

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der deutsche Vertreter im Rat darf dem Vorschlag vom 6. April 2011 für eine Verordnung über die elektronische Fassung des Amtsblatts der Europäischen Union in der Fassung vom 1. Juni 2011 zustimmen. Der Vorschlag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 6. Dezember 2011

Der Bundespräsident
Christian Wulff

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Die Bundesministerin der Justiz
S. Leutheusser-Schnarrenberger

Verordnung (EU) Nr. .../2011 des Rates vom ... über die elektronische Veröffentlichung des Amtsblatts der Europäischen Union

Der Rat der Europäischen Union –

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 352,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Zustimmung des Europäischen Parlaments,

gemäß einem besonderen Gesetzgebungsverfahren,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Veröffentlichung von Gesetzgebungsakten der Union im Amtsblatt der Europäischen Union (im Folgenden „Amtsblatt“) sowie deren Inkrafttreten sind in Artikel 297 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) geregelt.
- (2) Die Verordnung Nr. 1/1958¹⁾, einschließlich ihrer nachfolgenden Änderungen, legt die Amtssprachen der Organe der Europäischen Union fest.
- (3) Die gedruckte Ausgabe des Amtsblatts, die in sämtlichen Amtssprachen der Organe der Union verfügbar ist, ist derzeit die allein rechtsverbindliche Veröffentlichung, obwohl es auch die Möglichkeit des Online-Zugangs gibt.
- (4) Der Beschluss 2009/496/EG, Euratom des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Gerichtshofs, des Rechnungshofs, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen vom 26. Juni 2009 über den Aufbau und die Arbeitsweise des Amts für Veröffentlichungen der Europäischen Union²⁾ stellt sicher, dass die Organe mit Hilfe des Amts ihrer Verpflichtung zur Veröffentlichung von Rechtssetzungstexten nachkommen können.
- (5) Der Gerichtshof der Europäischen Union hat in der Rechtsache C-161/06, Skoma-Lux sro gegen Celní ředitelství Olomouc³⁾, ausgeführt, dass Rechtsakte der Union gegenüber Einzelnen nicht durchsetzbar sind, wenn sie nicht ordnungsgemäß im Amtsblatt veröffentlicht wurden, und dass ihre Online-Veröffentlichung ohne eine entsprechende Regelung im Unionsrecht der ordnungsgemäßen Veröffentlichung im Amtsblatt nicht gleichgestellt werden kann.
- (6) Wenn die Veröffentlichung in der elektronischen Ausgabe des Amtsblatts einer ordnungsgemäßen Veröffentlichung gleichkäme, könnte schneller und kostengünstiger auf das Unionsrecht zugegriffen werden. Die Bürger sollten jedoch weiterhin die Möglichkeit haben, eine gedruckte Fassung des Amtsblatts vom Amt für Veröffentlichungen zu erhalten.
- (7) In ihrer Mitteilung mit dem Titel „Eine Digitale Agenda für Europa“ weist die Kommission darauf hin, dass der Online-Zugang zu rechtlichen Inhalten die Entwicklung eines digitalen Binnenmarktes mit den damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Vorteilen fördert.

(8) Daher sollten Vorschriften erlassen werden, die die Echtheit, Unverfälschtheit und Unveränderlichkeit der elektronischen Veröffentlichung des Amtsblatts sicherstellen.

(9) In dieser Verordnung sollten auch Regeln festgelegt werden, die in Fällen anwendbar sind, in denen es aufgrund unvorhergesehener und außergewöhnlicher Umstände nicht möglich ist, die elektronische Ausgabe des Amtsblatts zu veröffentlichen und zugänglich zu machen.

(10) Die Richtlinie 1999/93/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 1999 über gemeinschaftliche Rahmenbedingungen für elektronische Signaturen⁴⁾ legt die Rechtskraft elektronischer Signaturen als Mittel der Authentifizierung fest. Eine fortgeschrittene elektronische Signatur, die gemäß jener Richtlinie auf einem qualifizierten Zertifikat beruht und von einer sicheren Signaturerstellungseinheit erstellt wurde, liefert die nötige Gewähr für die Nutzer, was die Sicherstellung der Echtheit, Unverfälschtheit und Unveränderlichkeit der elektronischen Ausgabe des Amtsblatts betrifft. Die Verifizierung des elektronisch signierten Amtsblatts sollte anhand leicht zugänglicher Mittel möglich sein.

(11) Der Zugang zur EUR-Lex-Website muss unter Beachtung der Verpflichtungen zum Schutz von Personen mit Behinderungen sichergestellt werden, die sich aus dem Beschluss 2010/48/EG des Rates vom 26. November 2009 über den Abschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen durch die Europäische Gemeinschaft⁵⁾ ergeben.

(12) Diese Verordnung steht mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Einklang und geht nicht über das hinaus, was nötig ist, um zu erreichen, dass sich alle Unionsbürger auf die elektronische Ausgabe des Amtsblatts berufen können, da ihr Anwendungsbereich sich darauf beschränkt, der elektronischen Ausgabe die Rechtsgültigkeit zu verleihen, die die gedruckte Ausgabe derzeit besitzt.

(13) Der AEUV enthält Befugnisse für die Annahme dieser Verordnung nur in Artikel 352 –

hat folgende Verordnung erlassen:

Artikel 1

(1) Das Amtsblatt wird gemäß dieser Verordnung in elektronischer Form in den Amtssprachen der Organe der Europäischen Union veröffentlicht.

(2) Unbeschadet des Artikels 3 besitzt nur das in elektronischer Form veröffentlichte Amtsblatt (im Folgenden „elektronische Ausgabe des Amtsblatts“) Echtheit und entfaltet Rechtswirkungen.

Artikel 2

(1) Die elektronische Ausgabe des Amtsblatts trägt eine fortgeschrittene elektronische Signatur, die gemäß der Richtlinie 1999/93/EG auf einem qualifizierten Zertifikat beruht und von einer sicheren Signaturerstellungseinheit erstellt wurde. Das qua-

¹⁾ Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. L 17 vom 6.10.1958, S. 385/58).

²⁾ ABl. L 168 vom 30.6.2009, S. 41.

³⁾ Slg. 2007, S. I-10841.

⁴⁾ ABl. L 13 vom 19.1.2000, S. 12.

⁵⁾ ABl. L 23 vom 27.1.2010, S. 35.

lifizierte Zertifikat und die Erneuerungen desselben werden auf der EUR-Lex-Website veröffentlicht, damit die Nutzer die fortschrittliche elektronische Signatur und den Charakter der Echtheit der elektronischen Ausgabe des Amtsblatts verifizieren können.

(2) Die elektronische Ausgabe des Amtsblatts enthält Angaben zum Datum ihrer Veröffentlichung.

(3) Die elektronische Ausgabe des Amtsblatts wird der Öffentlichkeit auf der EUR-Lex-Website in einem nicht veralteten Format dauerhaft zugänglich gemacht. Die Abfrage ist kostenlos.

Artikel 3

(1) Kann die elektronische Ausgabe des Amtsblatts aufgrund unvorhersehbarer außergewöhnlicher Störungen des Informationssystems des Amts für Veröffentlichungen nicht veröffentlicht werden, so wird das Informationssystem so schnell wie möglich wiederhergestellt.

Das Amt für Veröffentlichungen stellt fest, zu welchem Zeitpunkt eine solche Störung aufgetreten ist.

(2) Ist es erforderlich, das Amtsblatt zu veröffentlichen, wenn das Informationssystem des Amts für Veröffentlichungen aufgrund einer Störung nach Artikel 1 nicht betriebsbereit ist, so kommt nur der gedruckten Ausgabe des Amtsblatts Echtheit zu und nur sie entfaltet Rechtswirkungen.

Sobald das Informationssystem des Amts für Veröffentlichungen wiederhergestellt ist, wird die entsprechende elektronische Fassung der in Unterabsatz 1 genannten gedruckten Ausgabe lediglich zu Informationszwecken und mit einem entsprechenden Hinweis der Allgemeinheit auf der EUR-Lex-Website zugänglich gemacht.

(3) Sobald das Informationssystem des Amts für Veröffentlichungen wiederhergestellt ist, liefert die EUR-Lex-Website In-

formationen zu sämtlichen gedruckten Ausgaben, denen gemäß Absatz 2 Unterabsatz 1 Echtheit zukommt und die Rechtswirkungen entfalten.

Artikel 4

(1) Die Zuständigkeit des Amts für Veröffentlichungen im Zusammenhang mit der elektronischen Ausgabe des Amtsblatts erstreckt sich auf

- a) seine Veröffentlichung und die Sicherstellung seiner Echtheit;
- b) die Installierung, den Betrieb und die Pflege des Informationssystems, mit dessen Hilfe die elektronische Ausgabe des Amtsblatts erstellt wird, sowie die Nachrüstung des Systems entsprechend künftigen technischen Entwicklungen;
- c) die Installierung und Erweiterung der technischen Hilfsmittel, mit denen die elektronische Ausgabe des Amtsblatts für alle Nutzer zugänglich gemacht wird;
- d) die Festlegung der internen Sicherheits- und Zugangsvorschriften für das Informationssystem, mit dem die elektronische Ausgabe des Amtsblatts produziert wird;
- e) die Speicherung und Archivierung der Dateien und deren Handhabung entsprechend künftigen technischen Entwicklungen.

(2) Das Amt für Veröffentlichungen übt seine in Absatz 1 beschriebene Zuständigkeit im Einklang mit dem Beschluss 2009/496/EG, Euratom aus.

Artikel 5

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2012 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu ... am ...

Im Namen des Rates
Der Präsident

Gesetz
zu dem Abkommen vom 21. Oktober 2010
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Großherzogtum Luxemburg
über die Erneuerung und die Erhaltung der Grenzbrücke
über die Mosel zwischen Wellen und Grevenmacher

Vom 6. Dezember 2011

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Grevenmacher im Großherzogtum Luxemburg am 21. Oktober 2010 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über die Erneuerung und die Erhaltung der Grenzbrücke über die Mosel zwischen Wellen und Grevenmacher wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 14 Absatz 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 6. Dezember 2011

Der Bundespräsident
Christian Wulff

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Peter Ramsauer

Der Bundesminister des Auswärtigen
Guido Westerwelle

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Großherzogtum Luxemburg
über die Erneuerung und die Erhaltung der Grenzbrücke über die Mosel
zwischen Wellen und Grevenmacher**

**Convention
entre la République fédérale d'Allemagne
et le Grand-Duché de Luxembourg
relative au renouvellement et à l'entretien du pont frontalier sur la Moselle
entre Wellen et Grevenmacher**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Großherzogtum Luxemburg –

La République fédérale d'Allemagne
et
le Grand-Duché de Luxembourg,

von dem Wunsch geleitet, den Straßenverkehr zwischen den beiden Staaten und den Durchgangsverkehr durch ihre Hoheitsgebiete zu erleichtern, sind wie folgt übereingekommen:

désireux de faciliter la circulation routière entre les deux Etats ainsi que la circulation de transit à travers leurs territoires respectifs, sont convenus de ce qui suit:

Artikel 1

Gegenstand des Abkommens

(1) Die deutsche Bundesstraße B 419 und die luxemburgische Straße N 1 werden zwischen Wellen und Grevenmacher zusammengeschlossen.

(2) Zu diesem Zweck wird im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und im Hoheitsgebiet des Großherzogtums Luxemburg die grenzüberschreitende Brücke über die Mosel bei Flusskilometer 212,33, im Folgenden als „Grenzbrücke“ bezeichnet, erneuert.

(3) Die Vertragsstaaten streben an, die Grenzbrücke nach Möglichkeit spätestens im Jahr 2012 fertig zu stellen.

Artikel 2

Planung und Bauausführung

(1) Das Großherzogtum Luxemburg übernimmt die

- a) Vermessung,
- b) Planung,
- c) Ausschreibung,
- d) Auftragsvergabe,
- e) Prüfung der Ausführungsunterlagen,
- f) Bauausführung,
- g) Bauüberwachung,
- h) Prüfung der Abrechnung der vertraglichen Leistungen

für die Grenzbrücke jeweils nach Herstellung des Einvernehmens mit der Bundesrepublik Deutschland.

(2) Die Grenzbrücke wird nach den im Großherzogtum Luxemburg geltenden Normen und Vorschriften des Bauwesens geplant und ausgeführt. Für einzelne Bauteile können die Vertragsstaaten die Anwendung deutscher Vorschriften vereinbaren.

Article 1

Objet de la Convention

(1) La jonction de la route fédérale allemande B 419 et de la route nationale luxembourgeoise N1 sera réalisée entre Wellen et Grevenmacher.

(2) A ces fins, il sera procédé, sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne et sur le territoire du Grand-Duché de Luxembourg, au renouvellement du pont transfrontalier sur la Moselle au kilomètre fluvial 212,33, ci-après dénommé «pont frontalier».

(3) Les Etats contractants entendent, dans la mesure du possible, terminer le pont frontalier au plus tard en l'an 2012.

Article 2

Etude du projet et exécution des travaux

(1) Le Grand-Duché de Luxembourg se charge

- a) des travaux topographiques,
- b) de l'étude du projet,
- c) de la mise en adjudication,
- d) de l'adjudication des travaux,
- e) du contrôle des documents de soumission,
- f) de l'exécution des travaux,
- g) de la surveillance des travaux,
- h) du contrôle du décompte des prestations contractuelles,

concernant le pont frontalier, chaque fois en accord avec la République fédérale d'Allemagne.

(2) Le pont frontalier sera conçu et exécuté suivant les normes et les prescriptions de la construction en vigueur au Grand-Duché de Luxembourg. Les Etats contractants peuvent convenir de l'application des prescriptions allemandes pour des parties isolées des travaux.

Artikel 3**Baurecht und Grunderwerb**

(1) Das Großherzogtum Luxemburg stellt sicher, dass rechtzeitig die nach seinen Rechtsvorschriften zur Erneuerung der gesamten Grenzbrücke erforderlichen Genehmigungen und Erlaubnisse erteilt sind. Die luxemburgischen Rechtsvorschriften gelten für die gesamte Grenzbrücke.

(2) Jeder Vertragsstaat sorgt auf seine Kosten dafür, dass in seinem Hoheitsgebiet die für den Bau der Grenzbrücke dauernd oder zeitweilig erforderlichen Grundstücke rechtzeitig zur Verfügung stehen.

Artikel 4**Abnahme**

Nach Abschluss der Bauarbeiten wird die Grenzbrücke von den zuständigen Verwaltungen der beiden Vertragsstaaten nach dem bei öffentlichen Bauaufträgen angewendeten luxemburgischen Recht in Anwesenheit der Auftragnehmer gemeinsam abgenommen. Das Großherzogtum Luxemburg überwacht die Einhaltung der Gewährleistungsfristen für die Ausführung der Grenzbrücke und macht Gewährleistungsansprüche auch namens der Bundesrepublik Deutschland geltend.

Artikel 5**Erhaltung**

(1) Nach Abnahme übernimmt das Großherzogtum Luxemburg die Erhaltung der Grenzbrücke.

(2) Die Erhaltung umfasst alle Arbeiten, die zur Unterhaltung und Instandsetzung der Grenzbrücke sowie zur Reinigung und zum Winterdienst erforderlich sind. Der Winterdienst auf den Anschlussstrecken bedarf einer besonderen Vereinbarung zwischen den zuständigen Stellen.

(3) Die Erhaltungsmaßnahmen erfolgen nach luxemburgischem Recht. Die Grenze für die Erhaltungsmaßnahmen ist das Ende der Grenzbrücke einschließlich des Widerlagers auf deutschem Gebiet.

(4) Die Erhaltung der der Grenzbrücke zugehörigen Anlagen (Rampen, Uferbefestigungen, Zufahrten sowie Entwässerungs- und Beleuchtungsanlagen) obliegt jedem Vertragsstaat in seinem Hoheitsgebiet.

(5) Die Überwachung und Prüfung der Grenzbrücke übernimmt das Großherzogtum Luxemburg nach luxemburgischen Vorschriften.

Artikel 6**Kosten**

(1) Von den Kosten für die Erneuerung des Brückenbauwerks und den diesbezüglichen Verwaltungskosten trägt das Großherzogtum Luxemburg einen Festbetrag in Höhe von 500 000,- EUR (fünfhunderttausend Euro) netto. Die verbleibenden Kosten für die Erneuerung des Brückenbauwerks und die diesbezüglichen Verwaltungskosten tragen die Vertragsstaaten anteilmäßig. Die Kostenanteile nach Satz 2 berechnen sich nach dem Verhältnis der Längen der Brückenteile in dem jeweiligen alleinigen Hoheitsgebiet zuzüglich der Hälfte der Länge der Brücke im gemeinschaftlichen Hoheitsgebiet. Bei der Kostenaufteilung nach Satz 1 und 2 werden die Verwaltungskosten mit zehn vom Hundert der Kosten für die Erneuerung des Brückenbauwerks in Rechnung gestellt.

(2) Bei der Aufteilung der Kosten für die Erneuerung der Grenzbrücke und der Verwaltungskosten nach Absatz 1 sind die in den Kosten enthaltenen luxemburgischen indirekten Steuern nicht zu berücksichtigen. Diese Steuern werden allein vom Großherzogtum Luxemburg getragen.

Article 3**Droit de la construction et acquisition des terrains**

(1) Le Grand-Duché de Luxembourg s'assure que les permis et autorisations requis aux termes de ses propres dispositions réglementaires en vue du renouvellement de l'ensemble du pont frontalier sont accordés en temps utile. Les dispositions réglementaires luxembourgeoises valent pour l'ensemble du pont frontalier.

(2) Chaque Etat contractant veille à ses propres frais à ce que les terrains situés sur son territoire et nécessaires à la construction du pont frontalier définitif et provisoire soient disponibles en temps voulu.

Article 4**Réception**

Après l'achèvement des travaux de construction, la réception du pont frontalier se fait conjointement par les administrations compétentes des deux Etats contractants, en présence des adjudicataires, selon la législation luxembourgeoise applicable aux marchés publics de travaux. Le Grand-Duché de Luxembourg veille au respect des délais de garantie relatifs à la réalisation du pont frontalier et fait valoir le droit de garantie également au nom de la République fédérale d'Allemagne.

Article 5**Entretien**

(1) Après réception, le Grand-Duché de Luxembourg se charge de l'entretien du pont frontalier.

(2) L'entretien comprend tous les travaux qui sont nécessaires pour la maintenance et la remise en état du pont frontalier ainsi que pour le nettoyage et le service d'hiver. Le service d'hiver sur les routes d'accès au pont frontalier nécessite une convention spéciale entre les services compétents.

(3) Les mesures d'entretien se font selon la législation luxembourgeoise. La limite pour les mesures d'entretien est constituée par l'extrémité du pont frontalier y compris la culée située du côté allemand.

(4) L'entretien des annexes du pont frontalier (rampes, ouvrages de stabilisation des rives, voies d'accès, installations d'évacuation des eaux et d'éclairage) incombe à chaque Etat contractant sur son territoire.

(5) Le Grand-Duché de Luxembourg se charge de la surveillance et du contrôle du pont frontalier suivant les prescriptions luxembourgeoises.

Article 6**Frais**

(1) Le Grand-Duché de Luxembourg prend à charge un montant forfaitaire de 500 000,- EUR (cinq cent mille euros) net des frais pour le renouvellement de l'ouvrage d'art et les frais administratifs y relatifs. Les frais restants pour le renouvellement de l'ouvrage d'art et les frais administratifs y relatifs sont répartis proportionnellement entre les Etats contractants. Les quotes-parts des frais prévus par la deuxième phrase du présent alinéa se calculent proportionnellement à la longueur des parties du pont se trouvant sur les territoires respectifs sous souveraineté exclusive plus la moitié de la partie du pont se trouvant sur le territoire sous souveraineté commune. Lors de la répartition des frais telle que prévue à la première et deuxième phrase du présent alinéa, les frais administratifs sont mis en compte à raison de dix pour cent des frais pour le renouvellement de l'ouvrage d'art.

(2) Lors de la répartition des frais pour le renouvellement du pont frontalier et des frais administratifs mentionnés à l'alinéa 1^{er}, les impôts indirects luxembourgeois compris dans lesdits frais ne sont pas à prendre en compte. Ces impôts seront uniquement à charge du Grand-Duché de Luxembourg.

(3) Die Kosten der Erhaltung der Grenzbrücke tragen die Vertragsstaaten anteilmäßig. Absatz 1 Satz 3 und 4 gelten entsprechend. Bei der Aufteilung dieser Kosten sind die darin enthaltenen luxemburgischen indirekten Steuern nicht zu berücksichtigen. Diese Steuern werden allein vom Großherzogtum Luxemburg getragen.

Artikel 7

Zahlungen

(1) Die Bundesrepublik Deutschland erstattet dem Großherzogtum Luxemburg den von ihr zu tragenden Anteil der Abschlagszahlungen, die entsprechend dem Baufortschritt den Auftragnehmern geleistet werden.

(2) Das Großherzogtum Luxemburg wird der Bundesrepublik Deutschland zwei Monate im Voraus den geschätzten Bedarf an Mitteln für die Abschlagszahlungen mitteilen und dabei über den Stand der Ausgaben durch Übersichten unterrichten, in denen die Höhe und der Zeitpunkt der Auszahlungen ausgewiesen werden.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland zahlt den Rest ihres Kostenanteils nach Abnahme und Abrechnung.

(4) Bei Meinungsverschiedenheiten können die unstreitigen Beträge nicht zurückgehalten werden.

(5) Die Bundesrepublik Deutschland erhält Zweitstücke der Ausführungs- und Bestandspläne, der Bauverträge, Bestellurkunden und festgestellten Abrechnungsunterlagen.

Artikel 8

Betretungsrecht, Aufenthaltstitel

(1) Das Erfordernis eines Aufenthaltstitels oder eines Visums sowie von Pässen oder Passersatzpapieren richtet sich für die bei der Erneuerung und bei der Erhaltung der Grenzbrücke beteiligten Personen nach dem Recht, das jeweils im Hoheitsgebiet derjenigen Vertragspartei gilt, in dem die betreffende Person sich aufhält.

(2) Das Erfordernis einer Erlaubnis, eine Beschäftigung bei der Erneuerung und bei der Erhaltung der Grenzbrücke auszuüben, richtet sich auch für Tätigkeiten, die auf dem Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei ausgeübt werden, ausschließlich nach dem Recht derjenigen Vertragspartei, welcher nach Artikel 2 und 5 die Ausführung der Arbeiten einschließlich der damit zusammenhängenden Kontrollen obliegt.

(3) Unabhängig von der Zuständigkeit für die Bauausführung finden entsprechend der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen die für das jeweilige Territorium einschlägigen nationalen Rechtsvorschriften Anwendung. Für auf deutschem Territorium ausgeführte Arbeiten ist dies insbesondere das Arbeitnehmer-Entsendegesetz vom 20. April 2009 in seiner jeweils gültigen Fassung. Danach muss das Unternehmen insbesondere die nach dem Gesetz maßgeblichen tarifvertraglichen und gesetzlichen Arbeitsbedingungen einhalten und die Arbeiten vor Arbeitsaufnahme der zuständigen Behörde der Zollverwaltung anzeigen.

(4) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, Personen, die aufgrund dieses Vertrages in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates gelangt sind und die die Bestimmungen dieses Vertrages verletzt haben oder sich dort rechtswidrig aufhalten, jederzeit formlos zurückzunehmen.

(5) Einzelfragen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bereich der Grenzbrücke werden von den örtlich zuständigen Grenzbehörden und den jeweils örtlich zuständigen Polizeibehörden einvernehmlich geregelt.

(3) Les frais d'entretien du pont frontalier sont proportionnellement pris en charge par les Etats contractants. La troisième et la quatrième phrase de l'alinéa 1^{er} s'appliquent *mutatis mutandis*. Lors de la répartition de ces frais, les impôts indirects luxembourgeois compris dans lesdits frais ne sont pas à prendre en compte. Ces impôts sont uniquement à charge du Grand-Duché de Luxembourg.

Article 7

Paielements

(1) La République fédérale d'Allemagne rembourse au Grand-Duché de Luxembourg sa part des acomptes payés aux adjudicataires au fur et à mesure de l'avancement des travaux.

(2) Le Grand-Duché de Luxembourg communiquera, deux mois à l'avance, à la République fédérale d'Allemagne le montant des fonds estimés nécessaires pour le paiement des acomptes et l'informe en même temps de l'état des dépenses moyennant des relevés faisant état du montant et de l'échéance des acomptes.

(3) La République fédérale d'Allemagne règle le solde de sa quote-part après la réception de l'ouvrage et l'établissement du décompte.

(4) En cas de divergences, les montants non contestés ne peuvent pas être retenus.

(5) La République fédérale d'Allemagne reçoit les doubles des plans d'exécution, des plans des installations existantes, des contrats de construction, des bordereaux de commandes ainsi que des décomptes arrêtés.

Article 8

Droit d'accès, titres de séjour

(1) L'exigence d'un titre de séjour ou d'un visa, comme d'un passeport ou de documents reconnus équivalents vise les personnes intervenant dans le renouvellement et l'entretien du pont frontalier et est régie par le droit applicable sur le territoire de l'Etat contractant où la personne concernée se trouve.

(2) L'exigence de disposer d'une autorisation d'exercer une activité dans le cadre du renouvellement ou de l'entretien du pont frontalier est régie exclusivement par le droit de l'Etat contractant auquel incombe selon les articles 2 et 5 l'exécution des travaux et du contrôle afférent, même pour les travaux exécutés sur le territoire de l'autre Etat contractant.

(3) Les dispositions nationales pertinentes pour chaque territoire s'appliquent conformément à la directive 96/71/CE du parlement européen et du conseil du 16 décembre 1996 concernant le détachement de travailleurs effectué dans le cadre d'une prestation de services indépendamment de la compétence pour l'exécution des travaux. La loi allemande sur le détachement des travailleurs du 20 avril 2009 (Arbeitnehmer-Entsendegesetz vom 20. April 2009) telle que modifiée est notamment applicable pour les travaux exécutés sur le territoire allemand. Cette loi dispose que l'entreprise doit respecter en particulier les conditions de travail prévues par les conventions collectives et la législation du travail applicables et annoncer les travaux avant leur commencement à l'administration des douanes compétente.

(4) Les Etats contractants s'engagent à retirer à tout moment et sans formalités les personnes qui ont pénétré sur le territoire de l'autre Etat contractant sur la base de la présente Convention et qui en ont violé les dispositions ou qui y séjournent en situation irrégulière.

(5) Les questions singulières concernant le maintien de la sécurité et de l'ordre publics dans la zone du pont frontalier sont résolues d'un commun accord par les autorités frontalières et les autorités de police responsables au niveau local.

Artikel 9**Steuerbestimmungen**

(1) Ohne den Verlauf der gemeinsamen Staatsgrenze und das bestehende Kondominium zu verändern, gilt der Baustellenbereich der Grenzbrücke und nach ihrer Fertigstellung die Grenzbrücke selbst hinsichtlich der Mehrwertsteuer als Hoheitsgebiet des Großherzogtums Luxemburg, soweit es sich um Lieferungen von Gegenständen und sonstige Leistungen sowie den innergemeinschaftlichen Erwerb und die Einfuhr von Gegenständen handelt, die für die Erneuerung und die Erhaltung der Grenzbrücke bestimmt sind.

(2) Hinsichtlich der besonderen Verbrauchssteuern gilt Absatz 1 vorbehaltlich geltenden Gemeinschaftsrechts sinngemäß auch für die Verwendung von Energieerzeugnissen und Strom.

(3) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden der Vertragsstaaten verständigen sich und leisten einander jede notwendige Information und Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bestimmung der Absätze 1 und 2. Die Vertreter dieser Behörden sind berechtigt, sich auf der Baustelle aufzuhalten und dort die Maßnahmen im Rahmen der Bestimmung der Absätze 1 und 2 zu treffen, die in ihren Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind. Im Übrigen bleiben die jeweiligen Hoheitsrechte unberührt.

(4) Von diesem Abkommen unberührt bleiben die Regelungen des jeweils geltenden Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern.

Artikel 10**Datenschutz**

Unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts jedes Vertragsstaates erfolgen Übermittlung und Verwendung personenbezogener Daten – im Weiteren „Daten“ genannt – im Rahmen dieses Abkommens nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle eines Vertragsstaates unterrichtet die übermittelnde Stelle des anderen Vertragsstaates auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch die empfangende Stelle ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung und zur Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zur Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Sie ist verpflichtet, die Daten unverzüglich zu berichtigen oder zu löschen.
4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über ihren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Die Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu

Article 9**Dispositions fiscales**

(1) Sans modifier le tracé de la frontière commune ni le condominium existant, la zone du chantier du pont frontalier et le pont frontalier lui-même après son achèvement sont considérés – en ce qui concerne la taxe sur la valeur ajoutée – comme faisant partie du territoire du Grand-Duché de Luxembourg pour autant qu'il s'agit de livraisons de biens et de prestations de services ainsi que d'acquisitions intra-communautaires et d'importations de biens destinés au renouvellement et à l'entretien du pont frontalier.

(2) Le paragraphe 1 s'applique *mutatis mutandis*, en ce qui concerne les droits d'accises et taxes à effet équivalent pour l'utilisation des produits énergétiques et de l'électricité, sans préjudice des dispositions communautaires en vigueur.

(3) Les autorités fiscales et douanières compétentes des Etats contractants se concertent et se fournissent mutuellement toute information et assistance nécessaires en vue de l'application de leurs prescriptions légales et administratives dans le cadre des dispositions des paragraphes 1 et 2. Les représentants de ces autorités sont autorisés à séjourner sur le chantier et à y prendre les mesures nécessaires, dans le cadre des dispositions des paragraphes 1 et 2, prévues par leurs prescriptions légales et administratives. Pour le reste, les droits de souveraineté respectifs n'en sont pas affectés.

(4) La présente Convention n'affecte pas la réglementation des conventions applicables entre la République fédérale d'Allemagne et le Grand-Duché de Luxembourg tendant à éviter les doubles impositions et à établir les règles d'assistance administrative et judiciaire réciproques en matière d'impôts sur le revenu et la fortune et en matière d'impôt commercial et d'impôt foncier.

Article 10**Protection des données**

Dans le respect du droit interne des Etats contractants, la transmission et l'utilisation de données à caractère personnel (ci-après les «données») effectuées dans le cadre de la présente convention se font dans le respect des dispositions suivantes:

1. Le service destinataire d'un Etat contractant informe, sur demande, le service émetteur de l'autre Etat contractant de l'utilisation des données communiquées et des résultats ainsi obtenus.
2. L'utilisation des données par le service destinataire n'est autorisée qu'aux fins stipulées dans la présente Convention et dans les conditions prescrites par le service émetteur. Elle est en outre autorisée pour la prévention et la poursuite des infractions pénales d'une grande gravité et en vue de se prémunir des dangers graves pouvant affecter la sécurité publique.
3. Le service émetteur s'engage à veiller à l'exactitude des données à transmettre, au caractère nécessaire de la communication et à l'absence de disproportion entre les informations et l'objectif recherché. A cet égard, les motifs de non-communication en vigueur selon le droit applicable dans chacun des Etats contractants s'appliquent. La transmission de données ne se fait pas si le service émetteur est fondé à penser que cette transmission irait à l'encontre de l'objectif d'une loi nationale ou affecterait des intérêts dignes de protection des personnes concernées. S'il s'avère que des données inexactes ou non-communicables ont été transmises, le service destinataire doit en être informé sans délai. Il est alors dans l'obligation de procéder à la correction ou à l'effacement de ces données.
4. L'intéressé doit être informé, sur demande, des données détenues concernant sa personne, ainsi que de l'usage qu'il est prévu d'en faire. L'obligation de renseignement n'existe pas s'il s'avère après réflexion que l'intérêt de l'Etat à ne pas fournir ces renseignements prévaut sur l'intérêt du

erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

5. Wird jemand im Zusammenhang mit Datenübermittlungen aufgrund dieses Abkommens rechtswidrig geschädigt, ist ihm die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig oder unzulässig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.
6. Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende nationale Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Lösungsfristen vorsieht, weist die übermittelnde Stelle die empfangende Stelle darauf hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
8. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 11

Gemischte Kommission

(1) Es wird eine deutsch-luxemburgische Gemischte Kommission für die Erneuerung und die Erhaltung der Grenzbrücke gebildet. Diese besteht aus den beiden Leitern der Delegationen und aus den von jedem Vertragsstaat zu den Sitzungen entsandten Mitgliedern. Die Vertragsstaaten teilen einander den Leiter ihrer Delegation in der Gemischten Kommission mit. Jeder Delegationsleiter kann die Kommission durch Ersuchen an den Leiter der anderen Delegation zu einer Sitzung unter seinem Vorsitz einberufen. Die Sitzung muss auf seinen Wunsch spätestens innerhalb eines Monats nach Zugang dieses Ersuchens stattfinden.

(2) Die Gemischte Kommission hat die Aufgabe, Fragen zu klären, die sich hinsichtlich der Erneuerung und der Erhaltung der Grenzbrücke ergeben, und den Vertragsstaaten Empfehlungen zu unterbreiten, insbesondere zu

- a) Festlegung der Hauptmaße und der Gestaltung der Grenzbrücke,
- b) Feststellung des Umfangs der gemeinsamen Arbeiten,
- c) Prüfung des Bauwerksentwurfs und zum Vergabevorschlag,
- d) Einigung über Zahlungen und Zahlungsmodalitäten,
- e) Abnahme der Grenzbrücke,
- f) Aufteilung der Kosten für die Erneuerung und die Erhaltung der Grenzbrücke,
- g) Übergabe und Übernahme der Grenzbrücke,
- h) Auslegung oder Anwendung des Abkommens bei Meinungsverschiedenheiten.

(3) Jede Delegation in der Gemischten Kommission kann sich von den zuständigen Verwaltungen des anderen Vertragsstaats die Unterlagen vorlegen lassen, die sie für notwendig erachtet, um die Beschlüsse der Kommission vorzubereiten.

demandeur à la communication de ceux-ci. Pour le reste, le droit de l'intéressé à obtenir lesdits renseignements relève de la législation interne de l'Etat contractant sur le territoire duquel les renseignements seront demandés.

5. Si, aux fins de la présente Convention, une personne est lésée de façon illicite, le service destinataire est tenu de l'indemniser du dommage subi conformément à la législation nationale de l'Etat contractant. Dans sa relation avec la personne lésée, le service destinataire, ne peut pas invoquer à sa décharge le fait que le dommage a été causé par le service émetteur. Au cas où le service destinataire accorde une indemnisation pour un dommage causé par l'utilisation de données incorrectes ou non autorisées, le service émetteur rembourse au service destinataire le montant total de l'indemnisation accordée.
6. Si le droit national applicable au service émetteur prévoit des délais spéciaux pour l'effacement des données à caractère personnel transmises, le service émetteur en informe le service destinataire. Indépendamment de ces délais, les données communiquées doivent être effacées dès qu'elles ne sont plus nécessaires pour les fins auxquelles elles ont été transmises.
7. Le service émetteur et le service destinataire s'engagent à enregistrer la transmission et la réception de données à caractère personnel dans leurs actes.
8. Le service émetteur et le service destinataire sont tenus de protéger efficacement les données à caractère personnel communiquées contre tout accès, modification et publication non autorisés.

Article 11

Commission mixte

(1) Une Commission mixte germano-luxembourgeoise est instituée pour accompagner le renouvellement et l'entretien du pont frontalier. Celle-ci est composée des deux chefs des délégations et des membres délégués aux séances par chaque Etat contractant. Les Etats contractants se communiquent réciproquement le nom du chef de leur délégation dans la Commission mixte. Chaque chef de délégation peut convoquer la Commission à une réunion sous sa présidence moyennant requête au chef de l'autre délégation. La réunion doit avoir lieu, sur sa demande, au plus tard un mois après réception de cette requête.

(2) La Commission mixte a pour attribution de clarifier des questions résultant du renouvellement et de l'entretien du pont frontalier et de soumettre aux Etats contractants des recommandations concernant notamment:

- a) la détermination des dimensions principales et de la structure du pont frontalier,
- b) la détermination de l'envergure des travaux communs,
- c) l'examen du projet de l'ouvrage d'art et de la proposition d'adjudication,
- d) l'accord sur les paiements et les modalités y relatives,
- e) la réception du pont frontalier,
- f) la répartition des frais du renouvellement et de l'entretien du pont frontalier,
- g) la remise et la prise en charge du pont frontalier,
- h) l'interprétation ou l'application de la Convention en cas de divergences d'opinion.

(3) Chaque délégation de la Commission mixte a le droit de recevoir de la part des administrations compétentes de l'autre Etat contractant les documents qu'elle estime nécessaires pour préparer les décisions de la Commission.

(4) Jeder Vertragsstaat kann zu den Sitzungen der Gemischten Kommission Sachverständige einladen.

(5) Die Gemischte Kommission fasst alle ihre Beschlüsse im gegenseitigen Einvernehmen.

Artikel 12

Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten gelöst werden. Jeder Vertragsstaat kann zu diesem Zweck die Gemischte Kommission um Stellungnahme bitten. Ausnahmsweise kann der diplomatische Weg genutzt werden.

Artikel 13

Geltungsdauer, Abkommensänderungen und Vorabanwendungsklausel

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den Vertragsstaaten geändert, ergänzt oder aufgehoben werden.

(2) Ergeben sich bei der Durchführung des Abkommens erhebliche Schwierigkeiten oder ändern sich die bei seinem Abschluss bestehenden Verhältnisse wesentlich, so werden die Vertragsstaaten auf Wunsch eines Vertragsstaats über einen Nachtrag zum Abkommen oder über eine Neuregelung verhandeln.

(3) Zum Zwecke der frühestmöglichen Inbetriebnahme der Grenzbrücke werden die Bestimmungen dieses Abkommens ab dem Tag seiner Unterzeichnung, nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten, angewandt.

Artikel 14

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Berlin (Bundesrepublik Deutschland) ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Geschehen zu Grevenmacher (Großherzogtum Luxemburg) am 21. Oktober 2010 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(4) Chaque Etat contractant peut inviter des experts aux séances de la Commission mixte.

(5) La Commission mixte prend ses décisions d'un commun accord.

Article 12

Divergences d'opinion

Les divergences d'opinion relatives à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention devront être résolues par les autorités compétentes des Etats contractants. A cette fin, chaque Etat contractant peut demander à la Commission mixte de prendre position. Exceptionnellement, il peut être fait usage de la voie diplomatique.

Article 13

Durée, modifications et clause d'application préliminaire de la Convention

(1) La présente Convention est conclue à durée indéterminée. Elle peut être modifiée, complétée ou résiliée d'un commun accord entre les Etats contractants.

(2) En cas de difficultés majeures lors de l'exécution de la Convention ou en cas de changement substantiel des conditions existantes au moment de la conclusion, les Etats contractants négocieront, sur demande d'un Etat contractant, soit un avenant à la Convention, soit une nouvelle convention.

(3) En vue d'une mise en service la plus précoce possible du pont frontalier, les dispositions de la présente Convention sont applicables, sous réserve du respect du droit applicable des Etats contractants, dès la signature de la Convention.

Article 14

Entrée en vigueur

(1) La présente Convention sera ratifiée; les instruments de ratification seront échangés aussi tôt que possible à Berlin (République fédérale d'Allemagne).

(2) La présente Convention entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suit l'échange des instruments de ratification.

Fait à Grevenmacher (Grand-Duché de Luxembourg), le 21 octobre 2010, en deux originaux, chacun en langues française et allemande, les deux textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne

Hubertus Morr
Peter Ramsauer

Für das Großherzogtum Luxemburg
Pour le Grand-Duché de Luxembourg

Claude Wiseler

**Gesetz
zur Verleihung der Rechtsfähigkeit
an das Gemeinsame Wattenmeersekretariat –
Common Wadden Sea Secretariat (CWSS)
(CWSSRechtsG)**

Vom 6. Dezember 2011

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

**Rechtsfähigkeit
des Gemeinsamen Wattenmeersekretariats**

(1) Das Gemeinsame Wattenmeersekretariat (Common Wadden Sea Secretariat, CWSS), das aufgrund des deutsch-dänisch-niederländischen Verwaltungs-Übereinkommens vom 13. Oktober 1987 (BGBl. 1988 II S. 87, 88) errichtet wurde und aufgrund des Übereinkommens vom 18. März 2010 (BGBl. 2010 II S. 1090, 1091) weitergeführt wird, besitzt in der Bundesrepublik Deutschland die Rechtsfähigkeit

1. Verträge zu schließen,
2. bewegliches und unbewegliches Vermögen zu erwerben und zu veräußern und
3. vor Gericht zu stehen.

(2) Für die Zwecke dieses Artikels wird das Sekretariat durch den Sekretär oder die Sekretärin vertreten.

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 6. Dezember 2011

Der Bundespräsident
Christian Wulff

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Norbert Röttgen

Gesetz
zur Änderung des Übereinkommens vom 11. Oktober 1985
zur Errichtung der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur

Vom 6. Dezember 2011

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der im Gouverneursrat der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur (MIGA) am 30. Juli 2010 unterzeichneten EntschlieÙung zur Änderung des Übereinkommens vom 11. Oktober 1985 zur Errichtung der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur (BGBl. 1987 II S. 454, 455) wird zugestimmt. Die EntschlieÙung wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wird ermächtigt, Änderungen des Übereinkommens vom 11. Oktober 1985 zur Errichtung der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur nach Artikel 59 und 60 des Übereinkommens, die sich im Rahmen der Ziele und Maßnahmen des Artikels 2 Absatz 1 und 2 Buchstabe a des Übereinkommens halten und nicht Artikel 47 des Übereinkommens oder Änderungen betreffen, die der Zustimmung des deutschen Gouverneurs nach Artikel 59 Buchstabe a Ziffer i und ii des Übereinkommens bedürfen, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

Artikel 3

Der Bundestag ist rechtzeitig vor jeder geplanten Änderung des Übereinkommens vom 11. Oktober 1985 zur Errichtung der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu unterrichten.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Änderungen des Übereinkommens zur Errichtung der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur nach Artikel 60 des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

—————

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 6. Dezember 2011

Der Bundespräsident
Christian Wulff

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Dirk Niebel

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Technologie
Philipp Rösler

Der Bundesminister des Auswärtigen
Guido Westerwelle

Der Bundesminister der Finanzen
Schäuble

Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur
Gouverneursrat

Entschließung Nr. 86

Modernisierung des Auftrags der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur:
Änderung des MIGA-Übereinkommens

Multilateral Investment Guarantee Agency
Council of Governors

Resolution No. 86

Modernizing MIGA's Mandate:
Amendments to MIGA's Convention

(Übersetzung)

Whereas, Article 59 of the MIGA Convention Establishing the Multilateral Investment Guarantee Agency (the "MIGA Convention") provides that, "this Convention and its Annexes may be amended by vote of three-fifths of the Governors exercising four-fifths of the total voting power"; and

Whereas, Article 60 of the MIGA Convention provides that, "Any proposal to amend this Convention, whether emanating from a member or a Governor or a Director, shall be communicated to the Chairman of the Board who shall bring the proposal before the Board. If the proposed amendment is recommended by the Board, it shall be submitted to the Council for approval in accordance with Article 59. When an amendment has been duly approved by the Council, the Agency shall so certify by formal communication addressed to all members. Amendments shall enter into force for all members ninety days after the date of the formal communication unless the Council shall specify a different date."

now therefore the Council of Governors hereby resolves that:

1. Article 11 of the MIGA Convention shall henceforth read as follows:

Article 11

Covered Risks

(a) Subject to the provisions of Sections (b) and (c) below, the Agency may guarantee eligible investments against a loss resulting from one or more of the following types of risk:

- (i) Currency Transfer

any introduction attributable to the host government of restrictions on the transfer outside the host country of its currency into a freely usable currency or another currency acceptable to the holder of the guarantee, including a failure of the host government to act within a reasonable period of time on an application by such holder for such transfer;

- (ii) Expropriation and Similar Measures

any legislative action or administrative action or omission attributable to the host government which has the effect of depriving the holder of a guarantee of his ownership or control of, or a substantial benefit from, his investment, with the

Da Artikel 59 des Übereinkommens zur Errichtung der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur („MIGA-Übereinkommen“) Folgendes vorsieht: „Dieses Übereinkommen und seine Anlagen können mit den Stimmen von drei Fünfteln der Gouverneure, die vier Fünftel der Gesamtstimmzahl innehaben, geändert werden“, und

da Artikel 60 des MIGA-Übereinkommens Folgendes vorsieht: „Alle Vorschläge zur Änderung dieses Übereinkommens, gleichviel ob sie von einem Mitglied, einem Gouverneur oder einem Direktor ausgehen, sind dem Vorsitzenden des Direktoriums zuzuleiten, der sie dem Direktorium vorlegt. Wird der Änderungsvorschlag vom Direktorium empfohlen, so wird er dem Rat zur Genehmigung nach Artikel 59 vorgelegt. Ist die Änderung vom Rat ordnungsgemäß genehmigt worden, so bestätigt die Agentur dies in einer an alle Mitglieder gerichteten amtlichen Mitteilung. Änderungen treten für alle Mitglieder neunzig Tage nach dem Tag der amtlichen Mitteilung in Kraft, sofern nicht der Rat einen anderen Zeitpunkt festlegt“,

beschließt der Gouverneursrat hiermit Folgendes:

1. Artikel 11 des MIGA-Übereinkommens lautet nunmehr wie folgt:

Artikel 11

Gedekte Risiken

a) Vorbehaltlich der Buchstaben b und c kann die Agentur für berücksichtigungsfähige Investitionen eine Garantie gegen Verlust übernehmen, der sich aus dem Eintritt einer oder mehrerer der folgenden Risikoarten ergibt:

- i) Transfer von Währungsbeträgen

jede der Gastregierung zurechenbare Einführung von Beschränkungen hinsichtlich des Transfers ihrer Währung außerhalb des Gastlands in eine frei verwendbare Währung oder eine andere für den Garantienehmer annehmbare Währung, einschließlich des Versäumnisses der Gastregierung, dem Antrag dieses Garantienehmers auf einen solchen Transfer innerhalb einer angemessenen Frist zu entsprechen;

- ii) Enteignung und ähnliche Maßnahmen

jede der Gastregierung zurechenbare Gesetzgebungs- oder Verwaltungsmaßnahme oder -unterlassung, die bewirkt, dass dem Garantienehmer das Eigentum an seiner Investition oder seine Kontrolle darüber beziehungsweise ein erheblicher Nut-

exception of non-discriminatory measures of general application which governments normally take for the purpose of regulating economic activity in their territories;

(iii) Breach of Contract

any repudiation or breach by the host government of a contract with the holder of a guarantee, when (a) the holder of a guarantee does not have recourse to a judicial or arbitral forum to determine the claim of repudiation or breach, or (b) a decision by such forum is not rendered within such reasonable period of time as shall be prescribed in the contracts of guarantee pursuant to the Agency's regulations, or (c) such a decision cannot be enforced; and

(iv) War and Civil Disturbance

any military action or civil disturbance in any territory of the host country to which this Convention shall be applicable as provided in Article 66.

(b) In addition, the Board, by special majority, may approve the extension of coverage under this Article to specific non-commercial risks other than those referred to in Section (a) above, but in no case to the risk of devaluation or depreciation of currency.

(c) Losses resulting from the following shall not be covered:

- (i) any host government action or omission to which the holder of the guarantee has agreed or for which he has been responsible; and
- (ii) any host government action or omission or any other event occurring before the conclusion of the contract of guarantee.

2. Article 12 of the MIGA Convention shall henceforth read as follows:

Article 12

Eligible Investments

(a) Eligible investments shall include equity interests, including medium- or long-term loans made or guaranteed by holders of equity in the enterprise concerned, and such forms of direct investment as may be determined by the Board.

(b) Loans other than those mentioned in Section (a) are eligible for coverage (i) if they are made to finance or are otherwise related to a specific investment or project in which some other form of direct investment is present, whether or not guaranteed by the Agency and regardless of when such other investment was made, or (ii) as may be otherwise approved by the Board by special majority.

(c) The Board, by special majority, may extend eligibility to any other medium- or long-term form of investment.

(d) Guarantees shall generally be restricted to investments the implementation of which begins subsequent to the registration of the application for the guarantee by the Agency or receipt by the Agency of other satisfactory evidence of investor intent to obtain guarantees from the Agency. Such investments may include:

- (i) a transfer of foreign exchange made to modernize, expand, or develop an existing investment, in which case both the original investment and the additional investment may be considered eligible for coverage;
- (ii) the use of earnings from existing investments which could otherwise be transferred outside the host country;

zen aus seiner Investition entzogen wird; ausgenommen sind allgemein anwendbare, nicht diskriminierende Maßnahmen, welche die Regierungen üblicherweise zur Regelung der Wirtschaftstätigkeit in ihrem Hoheitsgebiet treffen;

(iii) Vertragsverletzung

jede Nichtanerkennung oder jede Verletzung eines Vertrags mit dem Garantienehmer durch die Gastregierung, wenn a) der Garantienehmer kein Gericht oder Schiedsgericht anrufen kann, um einen Anspruch wegen der Nichtanerkennung oder Verletzung feststellen zu lassen, oder b) eine Entscheidung dieses Gerichts nicht innerhalb einer angemessenen Frist ergeht, wie sie in den Garantieverträgen auf Grund der Vorschriften der Agentur bestimmt ist, oder c) eine solche Entscheidung nicht durchgesetzt werden kann, und

(iv) Krieg und zivile Unruhen

militärische Handlungen oder zivile Unruhen in einem Hoheitsgebiet des Gastlands, auf das dieses Übereinkommen nach Artikel 66 anwendbar ist.

b) Außerdem kann das Direktorium mit besonderer Mehrheit die Ausweitung der Deckung aufgrund dieses Artikels auf bestimmte andere nichtkommerzielle Risiken als die unter Buchstabe a bezeichneten genehmigen, keinesfalls jedoch auf das Risiko der Währungsabwertung oder -entwertung.

c) Verluste, die sich aus folgenden Vorkommnissen ergeben, sind nicht abgedeckt:

- i) jede Handlung oder Unterlassung der Gastregierung, der der Garantienehmer zugestimmt hat oder für die er verantwortlich ist, und
- ii) jede Handlung oder Unterlassung der Gastregierung vor Abschluss des Garantievertrags oder jedes andere vor diesem Zeitpunkt eintretende Ereignis.

2. Artikel 12 des MIGA-Übereinkommens lautet nunmehr wie folgt:

Artikel 12

Berücksichtigungsfähige Investitionen

a) Zu den berücksichtigungsfähigen Investitionen gehören Kapitalbeteiligungen, einschließlich der von Anteilseignern des betreffenden Unternehmens gewährten oder garantierten mittel- oder langfristigen Darlehen, sowie die vom Direktorium gegebenenfalls festgelegten Formen von Direktinvestitionen.

b) Andere als die unter Buchstabe a genannten Darlehen sind für eine Deckung berücksichtigungsfähig, i) wenn sie dazu dienen, eine bestimmte Investition oder ein bestimmtes Vorhaben zu finanzieren, oder damit anderweitig in Zusammenhang stehen, sofern dabei eine andere Form von Direktinvestition vorliegt, gleichviel ob die Agentur dafür eine Garantie gewährt hat und unabhängig von dem Zeitpunkt, zu dem diese andere Investition erfolgt ist, oder ii) wenn das Direktorium mit besonderer Mehrheit etwas anderes genehmigt.

c) Das Direktorium kann mit besonderer Mehrheit festlegen, dass auch andere mittel- oder langfristige Investitionsformen berücksichtigungsfähig sind.

d) Die Garantien sind im Allgemeinen auf Investitionen beschränkt, deren Durchführung nach der Eintragung des Garantieantrags durch die Agentur oder nach dem Eingang anderer ausreichender Beweise für die Absicht eines Investors, Garantien von der Agentur zu erlangen, bei der Agentur beginnt. Diese Investitionen können Folgendes umfassen:

- i) einen Devisentransfer zum Zweck der Modernisierung, Erweiterung oder Entwicklung einer vorhandenen Investition; in diesem Fall können sowohl die ursprüngliche Investition als auch die zusätzliche Investition als berücksichtigungsfähig für eine Deckung betrachtet werden;
- ii) die Verwendung der Erträge aus vorhandenen Investitionen, die sonst aus dem Gastland transferiert werden könnten;

- (iii) the acquisition of an existing investment by a new eligible investor;
 - (iv) existing investments where an eligible investor is seeking to insure a pool of existing and new investments;
 - (v) existing investments owned by an eligible investor where there is an improvement or enhancement of the underlying project or the investor otherwise demonstrates medium- or long-term commitment to the project, and the Agency is satisfied that the project continues to have a high developmental impact in the host country; and
 - (vi) such other investments as may be approved by the Board by special majority.
 - (e) In guaranteeing an investment, the Agency shall satisfy itself as to:
 - (i) the economic soundness of the investment and its contribution to the development of the host country;
 - (ii) compliance of the investment with the host country's laws and regulations;
 - (iii) consistency of the investment with the declared development objectives and priorities of the host country; and
 - (iv) the investment conditions in the host country, including the availability of fair and equitable treatment and legal protection for the investment.
- iii) den Erwerb einer vorhandenen Investition durch einen neuen berücksichtigungsfähigen Investor;
 - iv) vorhandene Investitionen, soweit sich ein berücksichtigungsfähiger Investor um die Versicherung eines Bündels vorhandener und neuer Investitionen bemüht;
 - v) vorhandene Investitionen im Eigentum eines berücksichtigungsfähigen Investors, sofern es sich um die Verbesserung oder Erweiterung des zugrundeliegenden Vorhabens handelt oder der Investor auf andere Art ein mittel- oder langfristiges Engagement für das Vorhaben beweist und die Agentur sich vergewissert hat, dass das Vorhaben nach wie vor große entwicklungspolitische Wirksamkeit im Gastland aufweist, sowie
 - vi) andere gegebenenfalls vom Direktorium mit besonderer Mehrheit genehmigte Investitionen.
 - e) Bei der Übernahme einer Garantie für eine Investition muss sich die Agentur über Folgendes vergewissern:
 - i) die wirtschaftliche Solidität der Investition und ihren Beitrag zur Entwicklung des Gastlands;
 - ii) die Übereinstimmung der Investition mit den Gesetzen und sonstigen Vorschriften des Gastlands;
 - iii) die Übereinstimmung der Investition mit den erklärten Entwicklungszielen und -prioritäten des Gastlands und
 - iv) die Investitionsbedingungen im Gastland, einschließlich der Verfügbarkeit einer gerechten und angemessenen Behandlung und eines Rechtsschutzes für die Investition.

**Zweites Gesetz
zur Änderung des Übereinkommens vom 4. August 1963
zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank**

Vom 6. Dezember 2011

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den Änderungen des Übereinkommens vom 4. August 1963 zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank (BGBl. 1981 II S. 253, 254), die der Gouverneursrat der Afrikanischen Entwicklungsbank in seinen Entschlüssen B/BG/2001/08 vom 29. Mai 2001 und B/BG/2010/10 vom 27. Mai 2010 gebilligt hat, wird zugestimmt. Die Entschlüsse werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wird ermächtigt, Änderungen des Übereinkommens vom 4. August 1963 zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank nach Artikel 60 des Übereinkommens, die sich im Rahmen des Zwecks des Artikels 1 und der Aufgaben des Artikels 2 des Übereinkommens halten und nicht Artikel 57 des Übereinkommens oder Änderungen betreffen, die der Zustimmung des deutschen Gouverneurs nach Artikel 60 Absatz 3 des Übereinkommens bedürfen, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

Artikel 3

Der Bundestag ist rechtzeitig vor jeder geplanten Änderung des Übereinkommens vom 4. August 1963 zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu unterrichten.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Die Änderungen durch die Entschlüsse B/BG/2001/08 vom 29. Mai 2001 sind nach Artikel 60 Absatz 4 des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland und alle weiteren Vertragsparteien am 5. Juli 2002 in Kraft getreten.

(3) Die Änderungen durch die Entschlüsse B/BG/2010/10 vom 27. Mai 2010 sind nach Artikel 60 Absatz 4 des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland und alle weiteren Vertragsparteien am 27. Mai 2010 in Kraft getreten.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 6. Dezember 2011

Der Bundespräsident
Christian Wulff

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Dirk Niebel

Der Bundesminister des Auswärtigen
Guido Westerwelle

Der Bundesminister der Finanzen
Schäuble

Entschließung B/BG/2001/08

Angenommen auf der sechsdreißigsten Jahrestagung
der Afrikanischen Entwicklungsbank am 29. Mai 2001

Änderungen des Übereinkommens
zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank

Resolution B/BG/2001/08

Adopted at the Thirty-Sixth Annual Meeting
of the African Development Bank, on 29 May 2001

Amendments to the Agreement
Establishing the African Development Bank

Résolution N° B/BG/2001/08

Adoptée à la 1^{ère} séance de la Trente-sixième Assemblée annuelle
de la Banque africaine de développement, le 29 mai 2001

Amendements à l'Accord portant création
de la Banque africaine de développement

(Übersetzung)

The Board of Governors,

Having regard to:

1. The Agreement Establishing the African Development Bank (the "Bank Agreement"), in particular Articles 1 (Purpose), 29 (Board of Governors: Powers), and 60 (Amendments); and
2. The Report of the Governors' Consultative Committee (GCC) of the African Development Bank (the "Bank"), as set forth in Document ADB/BG/WP/2001/09 (the "Report");

Having considered the Report, in particular the recommendations of the GCC to amend certain Articles of the Bank Agreement to: (i) harmonize the voting majorities therein with the new voting majorities in Article 35, adopted pursuant to Resolution B/BG/98/04; (ii) remove all obsolete provisions in the Bank Agreement; and (iii) harmonize the Bank Agreement, as appropriate, with the Charters of other MDBs;

Hereby decides to amend Articles 1 (Purpose), 5 (Authorized Capital), 6 (Subscription of Shares), 7 (Payment of Subscription), 14 (Recipients and Methods of Operation), 15 (Limitations on Operations), 16 (Provision of Currencies for Direct Loans), 17 (Operational Principles), 18 (Terms and Conditions

Le Conseil des gouverneurs,

Vu:

- (i) L'Accord portant création de la Banque africaine de développement (l'«Accord de la Banque»), en particulier les articles 1 (But), 29 (Conseil des gouverneurs: pouvoirs) et 60 (Amendements); et
- (ii) Le rapport du Comité consultatif des gouverneurs (CCG) de la Banque africaine de développement (la «Banque») tel que contenu dans le document ADB/BG/2001/09 (le «Rapport»);

Ayant examiné le Rapport, en particulier les recommandations du CCG d'amender certains articles de l'Accord de la Banque en vue: (i) d'harmoniser les majorités de vote y contenues avec les nouvelles majorités de vote prévues à l'article 35, adoptées par la résolution B/BG/98/04; (ii) retirer toutes les dispositions obsolètes de l'Accord de la Banque; et (iii) harmoniser l'Accord de la Banque pour être en conformité avec les chartes des autres BMDs;

décide par la présente résolution d'amender les articles 1 (But), 5 (Capital autorisé), 6 (Souscription des actions), 7 (Paiement des souscriptions), 14 (Bénéficiaires et méthodes des opérations), 15 (Limites des opérations), 16 (Fourniture de monnaies pour les prêts directs), 17 (Principes de ges-

Der Gouverneursrat –

eingedenk

1. des Übereinkommens zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank („Bankübereinkommen“), insbesondere der Artikel 1 (Zweck), 29 (Gouverneursrat: Befugnisse) und 60 (Änderungen), sowie
2. des Berichts des Beratungsausschusses des Gouverneursrats der Afrikanischen Entwicklungsbank („Bank“), enthalten in Dokument ADB/BG/WP/2001/09 („Bericht“);

nach Prüfung des Berichts, insbesondere der Empfehlungen des Beratungsausschusses, bestimmte Artikel des Bankübereinkommens mit dem Ziel zu ändern, i) die darin festgelegten Stimmenmehrheiten an die aufgrund der Entschließung B/BG/98/04 angenommenen neuen Mehrheiten in Artikel 35 anzupassen; ii) alle überholten Bestimmungen des Bankübereinkommens zu entfernen und iii) das Bankübereinkommen, soweit es angezeigt ist, an die Gründungsurkunden anderer multilateraler Entwicklungsbanken anzugleichen –

beschließt hiermit, die Artikel 1 (Zweck), 5 (Genehmigtes Kapital), 6 (Zeichnung von Anteilen), 7 (Einzahlung der gezeichneten Beträge), 14 (Empfänger und Geschäftsmethoden), 15 (Grenzen der Geschäftstätigkeit), 16 (Zurverfügungstellung von Währungen für direkte Darlehen), 17 (Ge-

for Direct Loans and Guarantees), 19 (Commission and Fees), 20 (Special Reserve), 26 (Valuation of Currencies and Determination of Convertibility), 27 (Use of Currencies), 28 (Maintenance of Value of the Currency Holdings of the Bank), 30 (Board of Governors: Composition), 40 (Channel of Communications; Depositories), 44 (Suspension), 45 (Settlement of Accounts), 47 (Termination of Operations), 49 (Distribution of Assets), 60 (Amendments), and 62 (Arbitration) of the Bank Agreement, as more fully set forth below:

1. Amendment to Article 1 of the Bank Agreement (Purpose)

Article 1 of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

The purpose of the Bank shall be to contribute to the sustainable economic development and social progress of its regional members – individually and jointly.

2. Amendment to Article 5 of the Bank Agreement (Authorized Capital)

Article 5, sub-paragraphs 1 and 2, of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

1. a. The initial authorized capital stock of the Bank shall be 250,000,000 units of account. It shall be divided into 25,000 shares of a par value of 10,000 units of account each share, which shall be available for subscription by members. The authorized capital stock may be increased in accordance with paragraph 3 of this article.

b. The value of a unit of account shall be equivalent to one Special Drawing Right (SDR) of the International Monetary Fund or any unit adopted for the same purpose by the International Monetary Fund.

2. The authorized capital stock shall be divided into paid-up shares and callable shares. The proportion between the paid-up shares and the callable shares shall be determined by the Board of Governors from time to time. The callable shares shall be callable for the purpose defined in paragraph 4(a) of article 7 of this Agreement.

3. Amendment to Article 6 of the Bank Agreement (Subscription of Shares)

Article 6(4) of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

4. Shares of stock initially subscribed by States which acquire membership in accordance with paragraph (1) of article 64 of this Agreement shall be issued at par. Other shares shall be issued at par unless the Board of Governors decides in special circumstances to issue them on other terms.

tion), 18 (Conditions et modalités des prêts directs et des Garanties), 19 (Commissions et redevances), 20 (Réserve spéciale), 26 (Evaluation des monnaies et détermination de la convertibilité), 27 (Emploi des monnaies), 28 (Maintien de la valeur des avoirs de la Banque en devises), 30 (Conseil des gouverneurs: composition), 40 (Mode de communication avec les Etats membres; dépositaires), 44 (Suspension), 45 (Règlement des comptes), 47 (Arrêt définitif des opérations), 49 (Distribution des avoirs), 60 (Amendements), et 62 (Arbitrage) de l'Accord de la Banque tel qu'énoncé plus amplement ci-dessous:

1. Amendement à l'article 1 de l'Accord de la Banque (But)

L'article 1 de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

Le but de la Banque est de contribuer au développement économique et au progrès social durables de ses Etats membres régionaux, individuellement et collectivement.

2. Amendement à l'article 5 de l'Accord de la Banque (Capital autorisé)

L'article 5 alinéas 1 et 2 de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

1. a. le capital-actions autorisé initial de la Banque est de 250 000 000 d'unités de compte. Il se divise en 25 000 actions, d'une valeur nominale de 10 000 unités de compte chacune, qui sont offertes à la souscription des Etats membres. Le capital-actions autorisé peut être augmenté conformément au paragraphe 3 du présent article.

b. La valeur d'une unité de compte est équivalente à un droit de tirage spécial (DTS) du Fonds monétaire international ou à toute autre unité adoptée aux mêmes fins par le Fonds monétaire international.

2. Le capital-actions autorisé se compose d'actions à libérer entièrement et d'actions sujettes à appel. Le rapport entre les actions à libérer et les actions sujettes à appel est déterminé périodiquement par le Conseil des gouverneurs. Les actions sujettes à appel sont appelables aux fins énoncées au paragraphe 4(a) de l'article 7 du présent Accord.

3. Amendement à l'article 6 de l'Accord de la Banque (Souscription des actions)

L'article 6(4) de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

4. Les actions initialement souscrites par les Etats qui deviennent membres conformément au paragraphe 1 de l'article 64 du présent Accord sont émises au pair. Les autres actions sont émises au pair à moins que, dans des circonstances particulières, le Conseil des gouverneurs n'en décide autrement.

schäftsgrundsätze), 18 (Bedingungen für direkte Darlehen und Garantien), 19 (Provisionen und Gebühren), 20 (Sonderreserve), 26 (Bewertung von Währungen und Festsetzung der Convertibilität), 27 (Verwendung von Währungen), 28 (Aufrechterhaltung des Wertes der Währungsbestände der Bank), 30 (Gouverneursrat: Zusammensetzung), 40 (Verbindungsstelle; Hinterlegungsstellen), 44 (Suspendierung), 45 (Abrechnung), 47 (Beendigung der Geschäftstätigkeit), 49 (Verteilung der Vermögenswerte), 60 (Änderungen) sowie 62 (Schiedsverfahren) des Bankübereinkommens, wie im Folgenden dargelegt, zu ändern:

1. Änderung des Artikels 1 des Bankübereinkommens (Zweck)

Artikel 1 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

Zweck der Bank ist es, zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung und zum sozialen Fortschritt ihrer regionalen Mitglieder als Einzelstaaten und in ihrer Gesamtheit beizutragen.

2. Änderung des Artikels 5 des Bankübereinkommens (Genehmigtes Kapital)

Artikel 5 Absätze 1 und 2 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(1) a) Das ursprünglich genehmigte Stammkapital der Bank beträgt 250 000 000 Rechnungseinheiten. Es zerfällt in 25 000 Anteile im Nennwert von je 10 000 Rechnungseinheiten, die von den Mitgliedern gezeichnet werden können. Das genehmigte Stammkapital kann nach Absatz 3 erhöht werden.

b) Der Wert einer Rechnungseinheit entspricht einem Sonderziehungsrecht (SZR) des Internationalen Währungsfonds oder jeder vom Internationalen Währungsfonds zu diesem Zweck angenommenen Einheit.

(2) Das genehmigte Stammkapital zerfällt in eingezahlte Anteile und abrufbare Anteile. Das Verhältnis zwischen den eingezahlten und den abrufbaren Anteilen wird von Zeit zu Zeit vom Gouverneursrat festgelegt. Die abrufbaren Anteile sind für den in Artikel 7 Absatz 4 Buchstabe a bestimmten Zweck abrufbar.

3. Änderung des Artikels 6 des Bankübereinkommens (Zeichnung von Anteilen)

Artikel 6 Absatz 4 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(4) Die von Staaten, welche die Mitgliedschaft nach Artikel 64 Absatz 1 erwerben, ursprünglich gezeichneten Anteile am Stammkapital werden zum Nennwert ausgegeben. Weitere Anteile werden zum Nennwert ausgegeben, sofern nicht der Gouverneursrat unter besonderen Umständen beschließt, sie zu anderen Bedingungen auszugeben.

4. Amendment to Article 7 of the Bank Agreement (Payment of Subscription)

Article 7, sub-paragraphs 2 and 4, of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

2. Payments of the amounts initially subscribed by the members of the Bank to the paid-up capital stock shall be made in convertible currency. The Board of Governors shall determine the mode of payment of other amounts subscribed by the members to the paid-up capital stock.

4. a. Payment of the amounts subscribed to the callable capital stock of the Bank shall be subject to call only as and when required by the Bank to meet its obligations incurred, pursuant to paragraph 1(b) and (d) of article 14, on borrowing of funds for inclusion in its ordinary capital resources or guarantees chargeable to such resources.

b. In the event of such calls, payment may be made at the option of the member concerned in convertible currency or in the currency required to discharge the obligation of the Bank for the purpose of which the call is made.

c. Calls on unpaid subscriptions shall be uniform in percentage on all callable shares.

5. Amendment to Article 14 of the Bank Agreement (Recipients and Methods of Operations)

Article 14(1)(c) of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

1. In its operations, the Bank may provide or facilitate financing for any regional member, political sub-division or any agency thereof or for any institution or undertaking in the territory of any regional member as well as for international or regional agencies or institutions concerned with the development of Africa. Subject to the provisions of this chapter, the Bank may carry out its operations in any of the following ways:

c. By investment of funds referred to in sub-paragraph (a) or (b) of this paragraph in the equity capital of an undertaking or institution for the benefit of one or more regional members; or

6. Amendment to Article 15 of the Bank Agreement (Limitations on Operations)

Article 15(4) of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

4. Amendement à l'article 7 de l'Accord de la Banque (Paiement des souscriptions)

L'article 7 alinéas 2 et 4 de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

2. Les montants initialement souscrits par les Etats membres de la Banque au capital-actions à libérer entièrement sont versés en monnaie convertible. Le Conseil des gouverneurs détermine le mode de paiement des autres montants souscrits par les Etats membres au capital-actions à libérer entièrement.

4. a. Les montants souscrits au capital-actions de la Banque sujet à appel ne font l'objet d'un appel que suivant les modalités et aux dates fixées par la Banque lorsqu'elle en a besoin pour faire face aux engagements qui découlent des alinéas b) et d) du paragraphe 1 de l'article 14, pourvu que lesdits engagements correspondent soit à des emprunts dont les fonds ont été intégrés dans les ressources ordinaires en capital de la Banque, soit à des garanties qui engagent ces ressources.

b. En cas d'appel, le paiement peut s'effectuer, au choix de l'Etat membre intéressé, en monnaie convertible ou dans la monnaie requise pour que la Banque remplisse les engagements qui ont motivé l'appel.

c. Les appels sur les souscriptions non libérées portent sur un pourcentage uniforme de toutes les actions sujettes à appel.

5. Amendement à l'article 14 de l'Accord de la Banque (Bénéficiaires et méthodes des opérations)

L'article 14(1)(c) de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

1. La Banque, dans le cadre de ses opérations, peut procurer des moyens de financement ou des facilités aux fins d'obtenir de tels moyens, à tout Etat membre régional, tout organisme public ou subdivision politique de cet Etat, ou à toute institution ou entreprise située sur le territoire d'un Etat membre régional, ainsi qu'aux organisations ou institutions internationales ou régionales qui s'intéressent au développement de l'Afrique. Sous réserve des dispositions du présent chapitre, la Banque peut effectuer ses opérations de l'une quelconque des manières suivantes:

c. en investissant les fonds visés aux alinéas (a) et (b) du présent paragraphe, dans le capital social d'une institution ou d'une entreprise dont les interventions profitent à un ou plusieurs pays membres régionaux; ou

6. Amendement à l'article 15 de l'Accord de la Banque (Limites des opérations)

L'article 15(4) de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

4. Änderung des Artikels 7 des Bankübereinkommens (Einzahlung der gezeichneten Beträge)

Artikel 7 Absätze 2 und 4 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(2) Einzahlungen der von den Mitgliedern der Bank ursprünglich gezeichneten Beträge des eingezahlten Stammkapitals werden in konvertierbarer Währung geleistet. Der Gouverneursrat bestimmt die Zahlungsweise der anderen von den Mitgliedern gezeichneten Beträge des eingezahlten Stammkapitals.

(4) a) Die auf das abrufbare Stammkapital der Bank gezeichneten Beträge werden nur in dem Umfang und zu dem Zeitpunkt abgerufen, in dem sie die Bank benötigt, um Verbindlichkeiten zu erfüllen, die sie nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstaben b und d durch die Aufnahme von Krediten zwecks Auffüllung ihrer ordentlichen Kapitalbestände oder durch die Übernahme von Garantien zu Lasten dieser Bestände übernommen hat.

b) Im Fall von Abrufen kann die Zahlung nach Wahl des Mitglieds in konvertierbarer Währung oder in der Währung erfolgen, die zur Erfüllung der den Abruf bedingenden Verbindlichkeiten der Bank benötigt wird.

c) Abrufe auf nicht eingezahlte Zeichnungen erfolgen zu einem einheitlichen Prozentsatz von allen abrufbaren Anteilen.

5. Änderung des Artikels 14 des Bankübereinkommens (Empfänger und Geschäftsmethoden)

Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe c des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(1) Bei ihrer Geschäftstätigkeit kann die Bank jedem regionalen Mitglied, jeder seiner Gebietskörperschaften oder Dienststellen oder jeder Einrichtung oder jedem Unternehmen im Hoheitsgebiet jedes regionalen Mitglieds sowie internationalen oder regionalen, mit der Entwicklung Afrikas befassten Stellen oder Institutionen Finanzierungsmittel gewähren oder bei deren Beschaffung behilflich sein. Vorbehaltlich dieses Kapitels kann die Bank ihre Geschäftstätigkeit auf folgende Weise durchführen:

c) durch Investition der unter den Buchstaben a und b genannten Mittel als Beteiligung am Eigenkapital eines Unternehmens oder einer Einrichtung zum Nutzen eines regionalen Mitglieds oder mehrerer regionaler Mitglieder oder

6. Änderung des Artikels 15 des Bankübereinkommens (Grenzen der Geschäftstätigkeit)

Artikel 15 Absatz 4 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

4. a. In the case of investments made by virtue of paragraph 1(c) of article 14 of this Agreement out of the ordinary capital resources of the Bank, the total amount outstanding shall not at any time exceed a percentage, fixed by the Board of Governors, of the aggregate amount of the paid-up capital stock of the Bank together with the reserves and surplus included in its ordinary capital resources [excepting, however, the special reserve provided for in Article 20 of this Agreement.¹⁾]

b. At the time it is made, the amount of any specific investment referred to in the preceding sub-paragraph shall not exceed a percentage of equity capital of the institution or undertaking concerned, which the Board of Directors shall have fixed for any investment to be made by virtue of paragraph 1(c) of article 14 of this Agreement. In no event shall the Bank seek to obtain by such an investment a controlling interest in the institution or undertaking concerned.

7. Amendment to Article 16 of the Bank Agreement (Provision of Currencies for Direct Loans)

Article 16(a) of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

In making direct loans, the Bank shall furnish the borrower with currencies other than the currency of the member in whose territory the project concerned is to be carried out (the latter currency hereinafter to be called "local currency"), which are required to meet foreign exchange expenditure on that project; provided always that the Bank may, in making direct loans, provide financing to meet local expenditure on the project concerned:

a. Where it can do so by supplying local currency without selling any of its holdings in convertible currencies; or

8. Amendment to Article 17 of the Bank Agreement (Operational Principles)

Article 17(1)(d) of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

1. The operations of the Bank shall be conducted in accordance with the following principles:

d. The proceeds of any loan, investment or other financing undertaken in the ordinary operations of the Bank shall be used only for procurement in member countries of goods and services produced in member countries, except in

4. a. Dans le cas d'investissements effectués conformément au paragraphe 1(c) de l'article 14 du présent Accord au moyen des ressources ordinaires en capital de la Banque, l'encours total ne doit, à aucun moment, dépasser un pourcentage fixé par le Conseil des gouverneurs, du montant global du capital-actions de la Banque à libérer entièrement, des réserves et de l'actif compris dans ses ressources ordinaires en capital [à l'exclusion toutefois de la réserve spéciale prévue à l'article 20 du présent Accord¹⁾].

b. Le montant d'un investissement particulier visé à l'alinéa précédent ne saurait, au moment où il est fait, dépasser un pourcentage du capital social de l'institution ou de l'entreprise intéressée, fixé par le Conseil d'administration pour tous les investissements effectués conformément au paragraphe 1(c) de l'article 14 du présent Accord. En aucun cas, la Banque ne cherchera, au moyen de ces investissements, à s'assurer une participation dominante dans l'institution ou l'entreprise en question.

7. Amendement à l'article 16 de l'Accord de la Banque (Fourniture de monnaies pour les prêts directs)

L'article 16(a) de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

La Banque, lorsqu'elle accorde des prêts directs, fournit à l'emprunteur les monnaies autres que celle de l'Etat membre sur le territoire duquel le projet envisagé doit être exécuté (celle-ci étant dénommée ci-après «monnaie locale»), qui sont nécessaires pour faire face aux dépenses en devises à engager pour ce projet, étant entendu toutefois que la Banque, en accordant ces prêts directs, peut fournir les moyens financiers requis pour couvrir des dépenses locales afférentes audit projet:

a. Dans les cas où elle peut le faire en fournissant de la monnaie locale sans vendre une partie quelconque de ses avoirs en monnaies convertibles; ou

8. Amendement à l'article 17 de l'Accord de la Banque (Principes de gestion)

L'article 17(1)(d) de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

1. Dans ses opérations, la Banque s'inspire des principes suivants:

d. le produit d'un prêt, d'un investissement ou d'une autre opération de financement entreprises dans le cadre des opérations ordinaires de la Banque, servira à l'acquisition uniquement dans les pays membres, des biens et services qui y

(4) a) Werden nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe c Investitionen aus den ordentlichen Kapitalbeständen der Bank vorgenommen, so darf der ausstehende Gesamtbetrag einen vom Gouverneursrat festgelegten Prozentsatz des Gesamtbetrags des eingezahlten Stammkapitals der Bank einschließlich der zu ihren ordentlichen Kapitalbeständen zählenden Reserven und Überschüsse, jedoch mit Ausnahme der in Artikel 20 vorgesehenen Sonderreserve¹⁾ zu keiner Zeit übersteigen.

b) Zu dem Zeitpunkt, zu dem eine bestimmte Investition nach Buchstabe a vorgenommen wird, darf ihr Betrag einen vom Direktorium für alle Investitionen nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe c festgesetzten Prozentsatz des Eigenkapitals der betreffenden Einrichtung oder des betreffenden Unternehmens nicht übersteigen. In keinem Fall darf die Bank sich bemühen, durch eine solche Investition eine beherrschende Beteiligung an der betreffenden Einrichtung oder dem betreffenden Unternehmen zu erwerben.

7. Änderung des Artikels 16 des Bankübereinkommens (Zurverfügungstellung von Währungen für direkte Darlehen)

Artikel 16 Buchstabe a des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

Bei der Gewährung von direkten Darlehen stellt die Bank dem Darlehensnehmer die zur Deckung der Devisenkosten des Vorhabens erforderlichen Währungen zur Verfügung, mit Ausnahme der Währung des Mitglieds, in dessen Hoheitsgebiet das betreffende Vorhaben durchgeführt werden soll (im Folgenden als „Landeswährung“ bezeichnet); dabei gilt stets, dass die Bank bei der Gewährung direkter Darlehen Finanzierungsmittel zur Deckung von örtlichen Ausgaben bei dem betreffenden Vorhaben zur Verfügung stellen kann,

a) wenn sie dies durch Bereitstellung von Beträgen in der Landeswährung tun kann, ohne von ihren Beständen an konvertiblen Währungen zu verkaufen, oder

8. Änderung des Artikels 17 des Bankübereinkommens (Geschäftsgrundsätze)

Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe d des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(1) Die Geschäftstätigkeit der Bank wird nach folgenden Grundsätzen ausgeübt:

d) die bereitgestellten Mittel eines Darlehens, einer Kapitalanlage oder einer sonstigen Finanzierung, die im Rahmen der ordentlichen Geschäftstätigkeit der Bank durchgeführt wird, werden ausschließlich in den Mitgliedstaaten für die

¹⁾ The text in brackets will be deleted if Article 20 is deleted and the special reserve is merged with the general reserves.

¹⁾ Le texte entre crochets sera supprimé si l'article 20 est supprimé et que la réserve spéciale est incorporée à la réserve générale

¹⁾ Der Wortlaut in Klammern wird entfallen, wenn Artikel 20 gestrichen wird und die Sonderreserve mit den allgemeinen Reserven verschmilzt.

any case in which the Board of Directors [~~] determines to permit procurement in a non-member country or of goods and services produced in a non-member country in special circumstances making such procurement appropriate, as in the case of a non-member country in which a significant amount of financing has been provided to the Bank. [~~]~~~~

9. Amendment to Article 18 of the Bank Agreement (Terms and Conditions for Direct Loans and Guarantees)

Article 18(3)(c) of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

3. In the case of direct loans made or loans guaranteed by the Bank, the Bank:

c. Shall expressly state the currency in which all payments to the Bank under the contract concerned shall be made. At the option of the borrower, however, such payments may always be made in convertible currency or, subject to the agreement of the Bank, in any other currency; and

10. Amendment to Article 19 of the Bank Agreement (Commission and Fees)

Article 19 of the Agreement is hereby deleted.

11. Amendment to Article 20 of the Bank Agreement (Special Reserve)

Article 20 of the Bank Agreement is hereby deleted.

12. Amendment to Article 26 of the Bank Agreement (Valuation of Currencies and Determination of Convertibility)

Article 26 of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

Whenever it shall become necessary under this Agreement:

- (i) To value any currency in terms of another currency or in terms of the unit of account defined in paragraph 1(b) of article 5 of this Agreement, or
- (ii) To determine whether any currency is convertible,

such valuation or determination, as the case may be, shall be reasonably made by the Bank after consultation with the International Monetary Fund.

13. Amendment to Article 27 of the Bank Agreement (Use of Currencies)

Article 27, sub-paragraphs 1 and 4, of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

sont produits, sous réserve des cas où le Conseil d'administration décide [~~] d'autoriser l'acquisition des biens et services dans un pays non membre ou produits par un pays non membre, si des circonstances particulières rendent commode une telle acquisition, comme par exemple lorsqu'un pays non membre fournit à la Banque des fonds importants. [~~]~~~~

9. Amendement à l'article 18 de l'Accord de la Banque (Conditions et modalités des prêts directs et des garanties)

L'article 18(3)(c) de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

3. Dans le cas de prêts directement consentis ou garantis par elle, la Banque:

c. Indique expressément la monnaie dans laquelle doivent être effectués tous les paiements qui lui sont dus aux termes du contrat. Toutefois, ces paiements peuvent toujours, au gré de l'emprunteur, être effectués en devises convertibles ou, avec l'assentiment de la Banque, dans toute autre monnaie; et

10. Amendement à l'article 19 de l'Accord de la Banque (Commissions et redevances)

L'article 19 de l'Accord de la Banque est supprimé par la présente résolution.

11. Amendement à l'article 20 de l'Accord de la Banque (Réserve spéciale)

L'article 20 de l'Accord de la Banque est supprimé par la présente résolution.

12. Amendement à l'article 26 de l'Accord de la Banque (Evaluation des monnaies et détermination de la convertibilité)

L'article 26 de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

Lorsqu'il est nécessaire, aux termes du présent Accord:

- i) d'évaluer une monnaie par rapport à une autre monnaie ou à l'unité de compte définie à l'article 5(1)(b) du présent Accord, ou
- ii) de déterminer si une monnaie est convertible,

il appartient à la Banque d'effectuer judicieusement cette évaluation ou cette détermination, après consultation avec le Fonds monétaire international.

13. Amendement à l'article 27 de l'Accord de la Banque (Emploi des monnaies)

L'article 27 alinéas 1 et 4 de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

Beschaffung von in Mitgliedstaaten erzeugten Waren und erbrachten Dienstleistungen verwendet, sofern nicht das Direktorium [Streichung] beschließt, die Beschaffung in einem Nichtmitgliedstaat oder die Beschaffung von in einem Nichtmitgliedstaat erzeugten Waren oder erbrachten Dienstleistungen zu gestatten, wenn besondere Umstände dies angebracht erscheinen lassen, beispielsweise im Fall eines Nichtmitgliedstaats, in dem der Bank bedeutende Finanzierungsmittel zur Verfügung gestellt wurden; [Streichung]

9. Änderung des Artikels 18 des Bankübereinkommens (Bedingungen für direkte Darlehen und Garantien)

Artikel 18 Absatz 3 Buchstabe c des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(3) Bei von der Bank gewährten direkten Darlehen oder garantierten Darlehen:

c) legt die Bank ausdrücklich fest, in welcher Währung alle Zahlungen an die Bank aufgrund des betreffenden Vertrags zu erfolgen haben. Dem Darlehensnehmer steht es jedoch frei, solche Zahlungen jederzeit in konvertierbarer Währung oder, vorbehaltlich der Zustimmung der Bank, in einer anderen Währung zu leisten, und

10. Änderung des Artikels 19 des Bankübereinkommens (Provisionen und Gebühren)

Artikel 19 des Übereinkommens wird hiermit gestrichen.

11. Änderung des Artikels 20 des Bankübereinkommens (Sonderreserve)

Artikel 20 des Bankübereinkommens wird hiermit gestrichen.

12. Änderung des Artikels 26 des Bankübereinkommens (Bewertung von Währungen und Festsetzung der Convertibilität)

Artikel 26 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

Wird es nach diesem Übereinkommen erforderlich,

- i) eine Währung im Vergleich zu einer anderen Währung oder zu der in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b bestimmten Rechnungseinheit zu bewerten oder
- ii) festzustellen, ob eine Währung konvertierbar ist,

so nimmt die Bank diese Bewertung bzw. Feststellung nach Konsultierung des Internationalen Währungsfonds in angemessener Weise vor.

13. Änderung des Artikels 27 des Bankübereinkommens (Verwendung von Währungen)

Artikel 27 Absätze 1 und 4 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

1. Members may not maintain or impose any restrictions on the holding or use by the Bank or by any recipient from the Bank, for payments anywhere, of the following:

- a. Convertible currencies received by the Bank in payment of subscriptions to the capital stock of the Bank from its members;
- b. Currencies of members purchased with the convertible currencies referred to in the preceding sub-paragraph;
- c. Currencies obtained by the Bank by borrowing, pursuant to paragraph (a) of article 23 of this Agreement, for inclusion in its ordinary capital resources;
- d. Currencies received by the Bank in payment on account of principal, interest, dividends or other charges in respect of loans or investments made out of any of the funds referred to in sub-paragraphs a to c or in payment of commissions or fees in respect of guarantees issued by the Bank; and
- e. Currencies other than its own, received by a member from the Bank in distribution of the net income of the Bank in accordance with article 42 of this Agreement.

4. The Bank shall not use currencies which it holds for the purchase of other currencies of its members except:

- a. In order to meet its existing obligations; or
- b. Pursuant to a decision of the Board of Directors.

14. Amendment to Article 28 of the Bank Agreement (Maintenance of Value of the Currency Holdings of the Bank)

Article 28 of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

1. Whenever the par value of the currency of a member is reduced in terms of the unit of account defined in paragraph 1(b) of article 5 of this Agreement or its foreign exchange value has, in the opinion of the Bank, depreciated to a significant extent, that member shall pay to the Bank within a reasonable time an amount of its currency required to maintain the value of all such currency held by the Bank on account of its subscription.

2. Whenever the par value of the currency of a member is increased in terms of the said unit of account, or its foreign exchange value has, in the opinion of the Bank, appreciated to a significant extent, the Bank shall pay to that member within a reasonable

1. Les Etats membres ne peuvent maintenir ni imposer de restrictions à la faculté de la Banque, ou de quiconque reçoit d'elle des fonds, de détenir ou d'employer, pour effectuer des paiements où que ce soit, les ressources suivantes:

- a. Les devises convertibles que la Banque reçoit des Etats membres en paiement des souscriptions à son capitalactions;
- b. Les monnaies des Etats membres achetées avec les monnaies convertibles mentionnées à l'alinéa précédent;
- c. Les monnaies que la Banque se procure par voie d'emprunt, conformément à l'alinéa (a) de l'article 23 du présent Accord, pour les intégrer à ses ressources ordinaires en capital;
- d. Les monnaies que la Banque reçoit en amortissement du principal et en paiement des intérêts, des dividendes ou d'autres charges pour les prêts qu'elle a accordés ou les investissements qu'elle a effectués au moyen des fonds visés aux alinéas (a) à (c) ci-dessus ou en paiement de commissions ou de redevances afférentes à des garanties qu'elle a émises; et
- e. Les monnaies autres que la sienne qu'un Etat membre reçoit de la Banque en cas de répartition du revenu net de la Banque conformément à l'article 42 du présent Accord.

4. La Banque n'utilise pas les monnaies qu'elle détient pour acheter d'autres monnaies de ses Etats membres, si ce n'est:

- a. Pour faire face à ses obligations existantes; ou
- b. A la suite d'une décision prise par le Conseil d'administration.

14. Amendement à l'article 28 de l'Accord de la Banque (Maintien de la valeur des avoirs de la Banque en devises)

L'article 28(3) de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

1. Lorsque la valeur nominale de la monnaie d'un Etat membre, par rapport à l'unité de compte définie au paragraphe 1(b) de l'article 5 du présent Accord, est réduite ou que son taux de change, de l'avis de la Banque, a subi une dépréciation significative, cet Etat membre verse à la Banque, dans des délais raisonnables, un montant de sa monnaie nécessaire pour maintenir la valeur de tous les avoirs que la Banque détient dans cette monnaie au titre de sa souscription.

2. Lorsque la valeur nominale de la monnaie d'un Etat membre, par rapport à ladite unité de compte, est augmentée ou que son taux de change, de l'avis de la Banque, a subi une revalorisation significative, la Banque verse audit Etat, dans des délais

(1) Die Mitglieder dürfen keinerlei Beschränkungen beibehalten oder einführen, welche die Bank oder einen Empfänger der Bank daran hindern, für Zahlungen an jedem beliebigen Ort folgende Mittel zu halten oder zu verwenden:

- a) konvertierbare Währungen, die bei der Bank als Zahlung auf Zeichnungen des Stammkapitals der Bank von ihren Mitgliedern eingehen;
- b) Währungen von Mitgliedern, die mit den unter Buchstabe a genannten konvertierbaren Währungen erworben wurden;
- c) Währungen, die von der Bank durch Kreditaufnahme nach Artikel 23 Buchstabe a zwecks Auffüllung der ordentlichen Kapitalbestände erworben wurden;
- d) Währungen, welche die Bank durch Kapitalrückzahlung oder durch Zahlung von Zinsen, Dividenden und sonstigen Spesen für Darlehen oder Anlagen, die aus den unter den Buchstaben a bis c bezeichneten Mitteln gewährt wurden, erhalten hat oder die durch Zahlung von Provisionen oder Gebühren für von der Bank gegebene Garantien eingegangen sind, und
- e) Währungen, mit Ausnahme der eigenen, die ein Mitglied von der Bank bei der Ausschüttung des Nettoeinkommens der Bank nach Artikel 42 erhalten hat.

(4) Währungen im Besitz der Bank werden von ihr nicht zum Ankauf anderer Währungen ihrer Mitglieder verwendet, es sei denn,

- a) um ihre bestehenden Verpflichtungen zu erfüllen oder
- b) aufgrund eines Beschlusses des Direktoriums.

14. Änderung des Artikels 28 des Bankübereinkommens (Aufrechterhaltung des Wertes der Währungsbestände der Bank)

Artikel 28 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(1) Wird die Parität der Währung eines Mitglieds, ausgedrückt in der Rechnungseinheit nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b, herabgesetzt oder ist nach Auffassung der Bank ihr Devisenwert in beträchtlichem Maße gesunken, so zahlt das Mitglied der Bank innerhalb einer angemessenen Frist den Betrag in seiner Währung, der erforderlich ist, um den Wert aller aufgrund seiner Zeichnung in Besitz der Bank befindlichen Bestände in dieser Währung aufrechtzuerhalten.

(2) Wird die Parität der Währung eines Mitglieds, ausgedrückt in der oben genannten Rechnungseinheit, heraufgesetzt oder ist nach Auffassung der Bank ihr Devisenwert in beträchtlichem Maße gestiegen, so zahlt die Bank diesem Mitglied innerhalb ei-

time an amount of that currency required to adjust the value of all such currency held by the Bank on account of its subscription.

3. The Bank, in the case envisaged by paragraph 1, or the member, in the case envisaged by paragraph 2, may waive its rights under this article.

15. Amendment to Article 30 of the Bank Agreement (Board of Governors: Composition)

Article 30(1) of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

1. Each member shall be represented on the Board of Governors and shall appoint one governor and one alternate governor. They shall be persons of the highest competence and wide experience in economic and financial matters and shall be nationals of the member States. Each governor and alternate shall serve for five years, subject to termination of appointment at any time, or to reappointment, at the pleasure of the appointing member. No alternate may vote except in the absence of his principal. At its annual meeting, the Board shall designate one of the governors as Chairman. The Chairman shall hold office until the election of a successor at the next annual meeting of the Board, unless otherwise decided by the Board of Governors.

16. Amendment to Article 40 of the Bank Agreement (Channel of Communications; Depositories)

Article 40(3) of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

3. The Bank may hold its assets [~~deletion~~] with such depositories as the Board of Directors shall determine.

17. Amendment to Article 44 of the Bank Agreement (Suspension)

Article 44 of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

1. If a member fails to fulfil any of its obligations under this Agreement or any other obligation to the Bank arising from the Bank's operations under this Agreement, the Board of Governors may suspend such member by a decision of the Board of Governors representing not less than seventy per cent of the total voting power of the members. The Board of Governors may, in lieu of suspension of membership, order suspension of the voting rights of such member upon such terms and conditions as may be established by the Board of Governors, pursuant to regulations adopted under paragraph 4 of this article.

raisonnables, un montant de sa monnaie nécessaire pour maintenir la valeur de tous les avoirs que la Banque détient dans cette monnaie au titre de sa souscription.

3. La Banque, dans le cas envisagé au paragraphe 1, ou un Etat membre, dans le cas envisagé au paragraphe 2, peut renoncer à appliquer les dispositions du présent article.

15. Amendement à l'article 30 de l'Accord de la Banque (Conseil des gouverneurs: composition)

L'article 30(1) de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

1. Chaque Etat membre est représenté au Conseil des gouverneurs et nomme un gouverneur et un gouverneur suppléant. Les gouverneurs et leurs suppléants sont des personnes de la plus haute compétence ayant une expérience étendue des questions économiques et financières et sont ressortissants d'Etats membres. Chaque gouverneur et chaque suppléant restent en fonctions pendant cinq ans, étant entendu que leur mandat est révocable à tout moment ou renouvelable au gré de l'Etat membre qui les a nommés. Aucun suppléant n'est admis à voter si ce n'est en l'absence du titulaire. Lors de son assemblée annuelle, le Conseil choisit pour Président l'un des gouverneurs. Le Président exercera ses fonctions jusqu'à l'élection d'un successeur à l'assemblée annuelle suivante du Conseil, à moins que le Conseil des gouverneurs n'en décide autrement.

16. Amendement à l'article 40 de l'Accord de la Banque (Voie de communication; dépositaires)

L'article 40(3) de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

3. La Banque peut conserver ses avoirs [~~Suppression~~] auprès des dépositaires que le Conseil d'administration désigne.

17. Amendement à l'article 44 de l'Accord de la Banque (Suspension)

L'article 44 de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

1. Si un Etat membre manque à l'une quelconque de ses obligations au titre du présent Accord ou à toute autre obligation envers la Banque, découlant de ses opérations, le Conseil des gouverneurs peut le suspendre de sa qualité de membre par une décision prise par des gouverneurs représentant au moins soixante-dix pour cent du nombre total des voix des membres. Le Conseil des gouverneurs peut, en lieu et place de la suspension de la qualité de membre, ordonner la suspension des droits de vote de l'Etat membre, selon les modalités et conditions que le Conseil des gouverneurs peut déterminer, conformément aux règlements adoptés au titre du paragraphe 4 du présent article.

ner angemessenen Frist den Betrag in der Währung zurück, der erforderlich ist, um den Wert aller aufgrund seiner Zeichnung im Besitz der Bank befindlichen Bestände in dieser Währung zu berichtigen.

(3) In dem in Absatz 1 beschriebenen Fall kann die Bank und in dem in Absatz 2 beschriebenen Fall das Mitglied auf die Rechte aus diesem Artikel verzichten.

15. Änderung des Artikels 30 des Bankübereinkommens (Gouverneursrat: Zusammensetzung)

Artikel 30 Absatz 1 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(1) Jedes Mitglied ist im Gouverneursrat vertreten und ernennt einen Gouverneur und einen stellvertretenden Gouverneur. Dabei muss es sich um Persönlichkeiten von höchstem Sachverstand und großer Erfahrung in Wirtschafts- und Finanzfragen handeln, die Staatsangehörige der Mitgliedstaaten sein müssen. Jeder Gouverneur und jeder Stellvertreter hat eine Amtszeit von fünf Jahren, wobei das ernennende Mitglied die Ernennung jederzeit rückgängig machen oder erneuern kann. Stellvertreter nehmen nur bei Abwesenheit ihres Gouverneurs an der Abstimmung teil. Der Rat bestimmt auf seiner Jahrestagung einen der Gouverneure zum Vorsitzenden. Der Vorsitzende bleibt bis zur Wahl eines neuen Vorsitzenden auf der nächsten Jahrestagung des Rates im Amt, sofern der Gouverneursrat nicht etwas anderes beschließt.

16. Änderung des Artikels 40 des Bankübereinkommens (Verbindungsstelle; Hinterlegungsstellen)

Artikel 40 Absatz 3 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(3) Die Bank kann ihre Vermögenswerte [Streichung] bei den Hinterlegungsstellen halten, die das Direktorium bestimmt.

17. Änderung des Artikels 44 des Bankübereinkommens (Suspendierung)

Artikel 44 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(1) Sofern ein Mitglied einer seiner Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen oder einer sich aus der Geschäftstätigkeit der Bank im Rahmen dieses Übereinkommens ergebenden Verpflichtung gegenüber der Bank nicht nachkommt, kann der Gouverneursrat dieses Mitglied suspendieren, und zwar durch einen Beschluss des Gouverneursrats, in dem mindestens 70 Prozent der Gesamtstimmzahl der Mitglieder vertreten sein müssen. Der Gouverneursrat kann anstelle einer Suspendierung der Mitgliedschaft eine Aufhebung der Stimmrechte dieses Mitglieds zu den von ihm festgelegten Bedingungen entsprechend den nach Absatz 4 angenommenen Vorschriften anordnen.

2. The member suspended from membership shall automatically cease to be a member of the Bank one (1) year from the date of its suspension unless the Board of Governors, during the one-year period, decides by the same majority necessary for suspension to restore the member to good standing.

3. While under suspension from membership, a member shall not be entitled to exercise any rights under this Agreement, except the right of withdrawal, but shall remain subject to all obligations.

4. The Board of Governors shall adopt regulations as may be necessary for the implementation of this article.

18. Amendment to Article 45 of the Bank Agreement (Settlement of Accounts)

Article 45(3)(c) of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

3. The payment for shares repurchased by the Bank under this article shall be governed by the following conditions:

c. Payments shall be made in the currency of the State receiving payment or, if such currency is not available, in convertible currency.

19. Amendment to Article 47 of the Bank Agreement (Termination of Operations)

Article 47(1) of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

1. The Bank may terminate its operations in respect of new loans, guarantees and equity investments by a decision of the Board of Governors exercising a majority of seventy five per cent of the total voting power.

20. Amendment to Article 49 of the Bank Agreement (Distribution of Assets)

Article 49(2) of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

2. After a decision to make a distribution has been taken in accordance with the preceding paragraph, the Board of Directors may decide to make successive distributions of the assets of the Bank to members until all assets have been distributed. This distribution shall be subject to the prior settlement of all outstanding claims of the Bank against each member.

21. Amendment to Article 60 of the Bank Agreement (Amendments)

Article 60(1) of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

2. Un Etat membre suspendu de sa qualité de membre cesse automatiquement d'être membre de la Banque un (1) an après la date de la décision de suspension, à moins que, au cours de cette période, une décision du Conseil des gouverneurs, prise à la même majorité, ne le rétablisse dans sa qualité de membre.

3. Pendant la suspension de la qualité de membre, l'Etat membre intéressé n'exerce aucun des droits conférés par le présent Accord, exception faite du droit de retrait, mais il reste soumis à toutes ses obligations.

4. Le Conseil des gouverneurs adopte les règlements nécessaires à l'application des dispositions du présent article.

18. Amendement à l'article 45 de l'Accord de la Banque (Règlement des comptes)

L'article 45(3)(c) de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

3. le paiement des actions rachetés par la Banque aux termes du présent article est régi par les conditions suivantes:

c. les paiements s'effectuent dans la monnaie de l'Etat qui les perçoit ou, s'il est impossible de recourir à cette monnaie, en monnaie convertible.

19. Amendement à l'article 47 de l'Accord de la Banque (Arrêt définitif des opérations)

L'article 47(1) de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

1. La Banque peut mettre fin à ses opérations en matière de nouveaux prêts, garanties et investissements de portefeuille, sur décision du Conseil des gouverneurs à la majorité de soixante-quinze pour cent du total des voix.

20. Amendement à l'article 49 de l'Accord de la Banque (Distribution des avoirs)

L'article 49(2) de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

2. Lorsqu'une décision a été prise conformément au paragraphe précédent, le Conseil d'administration peut décider de procéder à des distributions successives des avoirs de la Banque aux Etats membres jusqu'à ce que tous les avoirs aient été distribués. Cette distribution ne peut avoir lieu qu'après le règlement de toutes les créances en cours de la Banque sur les Etats membres.

21. Amendement à l'article 60 de l'Accord de la Banque (Amendements)

L'article 60(1) de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

(2) Die Mitgliedschaft eines suspendierten Mitglieds der Bank erlischt automatisch ein (1) Jahr nach dem Zeitpunkt der Suspendierung, sofern nicht der Gouverneursrat innerhalb dieses Jahres mit derselben Mehrheit, die für die Suspendierung erforderlich ist, beschließt, ihm seine Eigenschaft als Mitglied zurückzugeben.

(3) Während der Suspendierung darf ein Mitglied seine Rechte aus diesem Übereinkommen mit Ausnahme des Austrittsrechts nicht ausüben; es unterliegt jedoch weiterhin allen Verpflichtungen.

(4) Der Gouverneursrat nimmt die zur Durchführung dieses Artikels erforderlichen Vorschriften an.

18. Änderung des Artikels 45 des Bankübereinkommens (Abrechnung)

Artikel 45 Absatz 3 Buchstabe c des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(3) Die Bezahlung der durch die Bank nach diesem Artikel zurückgekauften Anteile unterliegt den nachstehenden Bedingungen:

c) Zahlungen werden in der Währung des die Zahlung empfangenden Staates oder, wenn diese Währung nicht verfügbar ist, in konvertierbarer Währung geleistet.

19. Änderung des Artikels 47 des Bankübereinkommens (Beendigung der Geschäftstätigkeit)

Artikel 47 Absatz 1 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(1) Die Bank kann ihre Geschäftstätigkeit in Bezug auf neue Darlehen, Garantien und Kapitalbeteiligungen durch Beschluss des Gouverneursrats mit einer Mehrheit von fünfundsiebzig Prozent der Gesamtstimmzahl beenden.

20. Änderung des Artikels 49 des Bankübereinkommens (Aufteilung der Vermögenswerte)

Artikel 49 Absatz 2 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(2) Nachdem ein Beschluss zur Vornahme einer Verteilung nach Absatz 1 gefasst worden ist, kann das Direktorium beschließen, aufeinanderfolgende Verteilungen der Vermögenswerte der Bank an die Mitglieder vorzunehmen, bis sämtliche Vermögenswerte verteilt sind. Voraussetzung für eine solche Verteilung ist die vorherige Erfüllung aller ausstehenden Forderungen der Bank gegen jedes Mitglied.

21. Änderung des Artikels 60 des Bankübereinkommens (Änderungen)

Artikel 60 Absatz 1 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

1. Any proposal to introduce modifications to this Agreement, whether emanating from a member, a governor or the Board of Directors, shall be communicated to the Chairman of the Board of Governors, who shall bring the proposal before that Board. If the proposed amendment is approved by the Board, the Bank shall, by circular letter, facsimile or telegram, ask the members whether they accept the proposed amendments. When two-thirds of the members, having three-quarters of the total voting power of the members, including two-thirds of the regional members having three-quarters of the total voting power of the regional members, have accepted the proposed amendment, the Bank shall promptly certify the fact by formal communication addressed to the members.

1. Toute proposition tendant à apporter des modifications au présent Accord, qu'elle émane d'un Etat membre, d'un gouverneur ou du Conseil d'administration, est communiquée au Président du Conseil des gouverneurs qui en saisit ledit Conseil. Si le Conseil des gouverneurs approuve l'amendement proposé, la Banque demande aux Etats membres, par lettre, télécopie ou télégramme circulaire, s'ils acceptent ledit amendement. Si deux tiers des Etats membres, disposant des trois quarts des voix attribuées aux Etats membres, comprenant deux tiers des Etats membres régionaux disposant des trois quarts des voix attribuées aux Etats membres régionaux, acceptent l'amendement proposé, la Banque entérine rapidement le fait par une communication formelle qu'elle adresse aux Etats membres.

(1) Alle Vorschläge zur Änderung dieses Übereinkommens, gleichviel ob sie von einem Mitglied, einem Gouverneur oder dem Direktorium ausgehen, sind dem Vorsitzenden des Gouverneursrats zuzuleiten, der sie dem Rat vorlegt. Wird die vorgeschlagene Änderung vom Gouverneursrat gebilligt, so befragt die Bank die Mitglieder durch Rundschreiben, per Fax oder auf telegrafischem Weg, ob sie die vorgeschlagene Änderung annehmen. Nehmen zwei Drittel der Mitglieder, die drei Viertel der Gesamtstimmzahl der Mitglieder besitzen, einschließlich zwei Drittel der regionalen Mitglieder, die drei Viertel der Gesamtstimmzahl der regionalen Mitglieder besitzen, die vorgeschlagene Änderung an, so bestätigt die Bank dies umgehend durch förmliche Mitteilung an die Mitglieder.

22. Amendment to Article 62 of the Bank Agreement (Arbitration)

22. Amendement à l'article 62 de l'Accord de la Banque (Arbitrage)

22. Änderung des Artikels 62 des Bankübereinkommens (Schiedsverfahren)

Article 62 of the Bank Agreement is hereby amended to read as follows:

L'article 62 de l'Accord de la Banque est ainsi amendé et se lira désormais comme suit:

Artikel 62 des Bankübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

In case of a dispute between the Bank and a former member, or between the Bank and a member upon the termination of the operations of the Bank, such dispute shall be submitted to arbitration by a tribunal of three arbitrators. Each party shall appoint one arbitrator, and the two arbitrators so appointed shall appoint the third, who shall be the Chairman. If within 30 days of the request for arbitration either party has not appointed an arbitrator or if within 15 days of the appointment of two arbitrators the third arbitrator has not been appointed, either party may request the President of the International Court of Justice, or such other authority as may have been prescribed by regulations adopted by the Board of Governors, to appoint an arbitrator. The procedure shall be fixed by the arbitrators. However, the third arbitrator shall have full power to settle all questions of procedure in case of disagreement with respect thereto. A majority vote of the arbitrators shall be sufficient to reach a decision which shall be final and binding upon the parties.

En cas de litige entre la Banque et le gouvernement d'un Etat qui a cessé d'être membre, ou entre la Banque, lors de l'arrêt définitif de ses opérations, et un Etat membre, ce litige est soumis à l'arbitrage d'un tribunal de trois arbitres. Chaque partie nomme un arbitre, et les deux arbitres nomment le troisième arbitre qui assure la présidence du tribunal. Si dans les 30 jours suivant la demande d'arbitrage, aucune partie n'a nommé un arbitre, ou si, dans les 15 jours suivant la nomination des deux arbitres, le troisième arbitre n'a pas été nommé, l'une ou l'autre partie peut demander au président de la Cour internationale de justice, ou à toute autre instance désignée dans un règlement adopté par le Conseil des gouverneurs, de nommer un arbitre. La procédure est définie par les arbitres. Cependant, le troisième arbitre a les pleins pouvoirs pour régler toutes les questions de procédure sur lesquelles les parties seraient en désaccord. Les décisions des arbitres sont adoptées à la majorité simple, sont sans appel et ont force exécutoire.

Bei einer Streitigkeit zwischen der Bank und einem ehemaligen Mitglied oder, nach Beendigung der Geschäftstätigkeit der Bank, zwischen der Bank und einem Mitglied wird die betreffende Streitigkeit einem aus drei Schiedsrichtern bestehenden Schiedsgericht zur schiedsrichterlichen Entscheidung vorgelegt. Jede Streitpartei ernannt jeweils einen Schiedsrichter; die beiden auf diesem Weg ernannten Schiedsrichter ernennen den dritten, der Obmann des Schiedsgerichts ist. Hat innerhalb von 30 Tagen ab dem Zeitpunkt des Begehrens eines Schiedsgerichts eine der Parteien keinen Schiedsrichter ernannt oder ist innerhalb von 15 Tagen ab Ernennung der beiden Schiedsrichter der dritte Schiedsrichter nicht ernannt worden, so kann jede der Streitparteien den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs oder eine andere entsprechend den vom Gouverneursrat angenommenen Vorschriften bestimmte Instanz ersuchen, einen Schiedsrichter zu ernennen. Das Verfahren wird von den Schiedsrichtern bestimmt. Der dritte Schiedsrichter hat jedoch die Vollmacht, im Fall der Uneinigkeit bezüglich der Verfahrensfragen diese zu regeln. Die Entscheidungen werden mit einfacher Mehrheit der Schiedsrichter gefällt; sie sind endgültig und für die Streitparteien bindend.

23. Incidental Amendments

23. Amendements incidents

23. Weitere Änderungen

Given the deletion of Articles 19 (Commission and Fees) and 20 (Special Reserve) of the Bank Agreement, provided in paragraphs 10 and 11 of this Resolution, cross-references to these articles in Articles 14 (Recipients and Methods of Operation) and 15 (Limitations on Operations) are hereby deleted. Subsidiary instruments should be amended in accordance with the applicable rules and regulations.

En raison de la suppression des articles 19 (Commissions et redevances) et 20 (Réserve spéciale) de l'Accord de la Banque, tel que mentionné aux paragraphes 10 et 11 de la présente résolution, toutes références à ces articles, aux articles 14 (Bénéficiaires et méthodes des opérations) et 15 (Limites des opérations) sont supprimées par la présente résolution. Les instruments subsidiaires devront être amendés conformément aux règles et règlements applicables.

Infolge der unter den Nummern 10 und 11 dieser EntschlieÙung vorgesehenen Streichung der Artikel 19 (Provisionen und Gebühren) und 20 (Sonderreserve) des Bankübereinkommens werden hiermit Querverweise auf diese Artikel in den Artikeln 14 (Empfänger und Geschäftsmethoden) und 15 (Grenzen der Geschäftstätigkeit) gestrichen. Nebenurkunden sollen entsprechend den anzuwendenden Regeln und Vorschriften geändert werden.

Further decides that the amendments to the Bank Agreement contained in this Resolution shall enter into force on the date set forth in Article 60(4) of the Bank Agreement, following the adoption of the Resolution and acceptance of the amendments therein by the Members, in accordance with Article 60(1) of the Bank Agreement.

Décide en outre que les amendements à l'Accord de la Banque contenus dans la présente résolution entrent en vigueur à la date spécifiée à l'article 60(4) de l'Accord de la Banque, après l'adoption de la résolution et l'acceptation des amendements y contenus par les pays membres, en accord avec l'article 60(1) de l'Accord de la Banque.

Er beschließt des Weiteren, dass die in dieser EntschlieÙung enthaltenen Änderungen des Bankübereinkommens an dem in Artikel 60 Absatz 4 des Bankübereinkommens festgelegten Tag in Kraft treten, nachdem die EntschlieÙung angenommen wurde und die darin enthaltenen Änderungen durch die Mitglieder gemäß Artikel 60 Absatz 1 des Bankübereinkommens angenommen wurden.

Entschließung B/BG/2010/10

Angenommen auf der ersten Sitzung der fünfundvierzigsten Jahrestagung
der Afrikanischen Entwicklungsbank am 27. Mai 2010

über die Erhöhung der Anzahl von Exekutivdirektoren
nach Artikel 33 Absatz 1 des Übereinkommens zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank

Resolution B/BG/2010/10

Adopted at the First Sitting of the Forty-Fifth Annual Meeting
of the African Development Bank, on 27 May 2010

Concerning the Increase in the Number of Executive Directors
under Article 33(1) of the Agreement Establishing the African Development Bank

Résolution B/BG/2010/10

Adoptée à la première séance de la Quarante-cinquième Assemblée annuelle
de la Banque africaine de développement, le 27 mai 2010

Relative à l'augmentation du nombre des administrateurs prévus
dans l'Article 33(1) de l'Accord portant création de la Banque africaine de développement

(Übersetzung)

The Board of Governors,
Having regard to:

1. The Agreement Establishing the African Development Bank (the "Bank Agreement"), in particular Articles 29 (Board of Governors: Powers), 31 (Board of Governors: Procedure), and 60 (Amendments); and
2. The Report of the Governors' Consultative Committee (GCC) of the African Development Bank (the "Bank"), as set forth in Document ADB/BG/GCC-XI/2010/Final/Rev.1 (the "Report");

Having considered the Report, in particular the recommendation of the GCC to increase the number of Executive Directors of the Bank from 18 to 20 and the fact that such an increase will require a consequential change in the composition of the Board of Directors and the number of Executive Directors reflected in the Bank Agreement;

Taking cognizance of Resolution B/BG/2002/04 adopted by this Board on 28 May 2002 concerning new Rules for the Election of Executive Directors of the African Development Bank (the "Election Rules");

Hereby decides to increase the number of Executive Directors under Article 33(1) of the Bank Agreement so that the provision reads as follows:

The Board of Directors shall be composed of twenty members who shall not be governors or alternate governors. Thirteen members shall be elected by the governors of the regional members and seven shall be

Le Conseil des gouverneurs,
Vu:

1. l'Accord portant création de la Banque africaine de développement (l'«Accord de la Banque»), en particulier les articles 29 (Conseil des gouverneurs: pouvoirs), 31 (Conseil des gouverneurs: procédure), et 60 (Amendements); et
2. le rapport du Comité consultatif des gouverneurs (CCG) de la Banque africaine de développement (la «Banque»), tel que figurant dans le document ADB/BG/GCC-XI/2010/Final (le «Rapport»);

Considérant le Rapport du CCG, en particulier la recommandation du CCG visant à augmenter le nombre des administrateurs de la Banque de 18 à 20, et le fait qu'une telle augmentation nécessitera une modification importante dans la composition du Conseil d'administration et dans le nombre d'administrateurs, reflétés dans l'Accord de la Banque;

Prenant connaissance de la Résolution B/BG/2002/04 adoptée par ce Conseil le 28 mai 2002 concernant de nouvelles règles pour l'élection des administrateurs de la Banque africaine de développement (les «Règles d'élection»);

par la présente résolution décide d'augmenter le nombre d'administrateurs prévus dans l'Article 33(1) de l'Accord de la Banque comme suit:

Le Conseil d'administration se compose de vingt membres qui ne sont ni gouverneurs ni gouverneurs suppléants. Treize membres sont élus par les gouverneurs des Etats membres régionaux et sept le sont par les

Der Gouverneursrat –
eingedenk

1. des Übereinkommens zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank („Bankübereinkommen“), insbesondere der Artikel 29 (Gouverneursrat: Befugnisse), 31 (Gouverneursrat: Verfahren) und 60 (Änderungen), sowie
2. des Berichts des Beratungsausschusses der Gouverneure der Afrikanischen Entwicklungsbank („Bank“), enthalten in Dokument ADB/BG/GCC-XI/2010/Final/Rev.1 („Bericht“);

nach Prüfung des Berichts, insbesondere der Empfehlung des Beratungsausschusses, die Anzahl der Exekutivdirektoren der Bank von 18 auf 20 zu erhöhen, sowie angesichts der Tatsache, dass diese Erhöhung eine Änderung der im Bankübereinkommen vorgesehenen Zusammensetzung des Direktoriums und der dort vorgesehenen Anzahl der Exekutivdirektoren nach sich zieht;

unter Berücksichtigung der vom Direktorium am 28. Mai 2002 angenommenen Entschließung B/BG/2002/04 über neue Vorschriften für die Wahl von Exekutivdirektoren der Afrikanischen Entwicklungsbank („Wahlvorschriften“);

beschließt hiermit, die Anzahl der Exekutivdirektoren nach Artikel 33 Absatz 1 des Bankübereinkommens zu erhöhen, so dass der Absatz wie folgt lautet:

Das Direktorium besteht aus zwanzig Mitgliedern, die nicht Gouverneure oder stellvertretende Gouverneure sein dürfen. Dreizehn Mitglieder werden von den Gouverneuren der regionalen Mitglieder und sie-

elected by the governors of the non-regional members. They shall be elected by the Board of Governors in accordance with Annex B of the Bank Agreement. In electing the Board of Directors, the Board of Governors shall have due regard to the high competence in economic and financial matters required for the office. The Board of Governors may determine to change the number of members of the Board of Directors only by a three-fourths majority of the total voting power of the member countries, including with respect to provisions relating exclusively to the number and election of directors by the regional member countries, by a two-thirds majority of the governors of regional members, and with respect to the provisions relating exclusively to the number and election of directors by non-regional member countries, by a two-thirds majority of the governors of non-regional members.

Further decides that, notwithstanding the provisions of Article 60 of the Bank Agreement, this increase in the number of Executive Directors as reflected in the Bank Agreement and contained in this Resolution shall enter into force with immediate effect to allow for the orderly conduct of general elections for the Board of Directors during this Annual Meeting.

gouverneurs des Etats membres non-régionaux. Ils sont élus par les gouverneurs conformément à l'Annexe B de l'Accord de la Banque. En élisant les membres du Conseil d'administration, le Conseil des gouverneurs tient dûment compte de la haute compétence que les titulaires doivent posséder en matière économique et financière. Le Conseil des gouverneurs ne peut décider de modifier la composition du Conseil d'administration que par une majorité des trois quarts du nombre total des voix attribuées aux pays membres comprenant, en ce qui concerne les dispositions relatives exclusivement au nombre d'administrateurs et à leur élection par les pays membres régionaux, une majorité des deux tiers des gouverneurs des Etats membres régionaux, et en ce qui concerne les dispositions relatives exclusivement au nombre d'administrateurs et à leur élection par les pays membres non régionaux, une majorité des deux tiers des gouverneurs des Etats membres non régionaux.

Décide en outre que, notwithstanding les dispositions de l'article 60 de l'Accord de la Banque, cette augmentation du nombre d'administrateurs reflétée dans l'Accord de la Banque et contenue dans la présente Résolution entrera en vigueur avec effet immédiat afin de permettre le bon déroulement des élections générales au Conseil d'administration au cours de cette Assemblée annuelle.

ben Mitglieder werden von den Gouverneuren der nichtregionalen Mitglieder gewählt. Sie werden vom Gouverneursrat nach Anlage B gewählt. Bei der Wahl der Direktoren beachtet der Gouverneursrat, dass für dieses Amt eine hohe Sachkenntnis in Wirtschafts- und Finanzfragen erforderlich ist. Der Gouverneursrat kann eine Änderung der Zahl der Mitglieder des Direktoriums nur mit Dreiviertelmehrheit der Gesamtstimmzahl der Mitgliedstaaten beschließen, wobei diese Mehrheit in Bezug auf die Bestimmungen, die sich ausschließlich auf die Anzahl und Wahl der Direktoren durch die regionalen Mitgliedstaaten beziehen, eine Zweidrittelmehrheit der Gouverneure der regionalen Mitglieder, und in Bezug auf die Bestimmungen, die sich ausschließlich auf die Anzahl und Wahl der Direktoren durch nichtregionale Mitgliedstaaten beziehen, eine Zweidrittelmehrheit der Gouverneure der nichtregionalen Mitglieder umfassen muss.

Er beschließt des Weiteren, dass unbeschadet des Artikels 60 des Bankübereinkommens diese Erhöhung der Anzahl der Exekutivdirektoren, wie sie im Bankübereinkommen zum Ausdruck kommt und in dieser Entschliebung enthalten ist, mit sofortiger Wirkung in Kraft tritt, um eine ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen zum Direktorium während dieser Jahrestagung zu ermöglichen.

Gesetz
zur Änderung des Übereinkommens vom 29. November 1972
über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds

Vom 6. Dezember 2011

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den Änderungen des Übereinkommens vom 29. November 1972 über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds (BGBl. 1973 II S. 1793, 1794), die der Gouverneursrat des Afrikanischen Entwicklungsfonds in seinen Entschlüssen F/BG/2002/04 vom 28. Mai 2002, F/BG/2008/07 vom 14. Mai 2008 und F/BG/2010/03 vom 27. Mai 2010 gebilligt hat, wird zugestimmt. Die Entschlüsse werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wird ermächtigt, Änderungen des Übereinkommens vom 29. November 1972 über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds nach Artikel 51 des Übereinkommens, die sich im Rahmen des Zwecks des Artikels 2 des Übereinkommens halten und nicht die Artikel 49 und 58 des Übereinkommens oder Änderungen betreffen, die der Zustimmung des deutschen Gouverneurs nach Artikel 51 Absatz 2 des Übereinkommens bedürfen, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

Artikel 3

Der Bundestag ist rechtzeitig vor jeder geplanten Änderung des Übereinkommens vom 29. November 1972 zur Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu unterrichten.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Die Änderung durch die Entschlüsse F/BG/2002/04 vom 28. Mai 2002 ist nach Artikel 51 Absatz 1 des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland und alle weiteren Vertragsparteien am 4. Juli 2003 in Kraft getreten.

(3) Die Änderung durch die Entschlüsse F/BG/2008/07 vom 14. Mai 2008 ist nach Artikel 51 Absatz 1 des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland und alle weiteren Vertragsparteien am 17. März 2009 in Kraft getreten.

(4) Die Änderung durch die EntschlieÙung F/BG/2010/03 vom 27. Mai 2010 ist nach Artikel 51 Absatz 1 des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland und alle weiteren Vertragsparteien am 27. Mai 2010 in Kraft getreten.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 6. Dezember 2011

Der Bundespräsident
Christian Wulff

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Dirk Niebel

Der Bundesminister des Auswärtigen
Guido Westerwelle

Der Bundesminister der Finanzen
Schäuble

Entschließung F/BG/2002/04

Angenommen auf der ersten Sitzung der achtundzwanzigsten Jahrestagung des Gouverneursrats des Afrikanischen Entwicklungsfonds am 28. Mai 2002

Änderung des Übereinkommens
über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds
Verteilung der Stimmrechte

Resolution F/BG/2002/04

Adopted at the First Sitting of the Twenty-Eighth Annual Meeting of the Board of Governors of the African Development Fund, on 28 May 2002

Amendment to the Agreement
Establishing the African Development Fund
Allocation of Voting Power

Résolution F/BG/2002/04

Adoptée à la première séance de la Vingt-huitième assemblée annuelle du Conseil des gouverneurs du Fonds africain de développement, le 28 mai 2002

Amendement à l'Accord
portant création du Fonds africain de développement
Attribution des voix

(Übersetzung)

The Board of Governors,
Having regard to:

- (i) The Agreement Establishing the African Development Fund (the "Fund Agreement"), particularly Article 3 (Participation), Article 22 (Organization of the Fund), Article 23 (Board of Governors: Powers), Article 24 (Board of Governors: Composition), Article 26 (Board of Directors: Functions), Article 27 (Board of Directors: Composition), Article 29 (Voting), and Article 51 (Amendments); and
- (ii) The recommendations of the Board of Directors contained in Document ADF/BG/WP/2001/08 entitled "Revision of the Agreement Establishing the African Development Fund to Achieve Equality of Rights for State Participants;"

Hereby decides to amend the Fund Agreement as follows:

1. Amendment to Article 29(3) of the Fund Agreement (Acquisition of Votes by State Participants)

Paragraph 3 of Article 29 is hereby amended as follows:

3. Each State participant shall have a proportionate share of the aggregate votes of the State participants based on the subscriptions of such participant made pursuant to Article 6 and, to the extent agreed

Le Conseil des gouverneurs,
Vu:

- (i) L'Accord portant création du Fonds africain de développement (l'«Accords du Fonds»), spécialement l'article 3 (Participation), l'article 22 (Organisation du Fonds), l'article 23 (Conseil des gouverneurs: Pouvoirs), l'article 24 (Conseil des gouverneurs: Composition), l'article 26 (Conseil d'administration: Fonctions), l'article 27 (Conseil d'administration: Composition), l'article 29 (Vote) et l'article 51 (Amendements); ainsi que
- (ii) Les recommandations du Conseil d'administration contenues dans le document ADF/BG/WP/2001/08 intitulé «Révision de l'Accord portant création du Fonds africain de développement en vue d'assurer l'égalité de droits pour les Etats participants»;

décide d'amender l'Accord du Fonds comme suit:

1. Amendement à l'article 29(3) de l'Accord du Fonds (Acquisition de voix par les Etats participants)

Le paragraphe 3 de l'article 29 est amendé comme suit:

3. Chaque Etat participant dispose d'un pourcentage de l'ensemble des voix des Etats participants calculé en fonction des montants souscrits par ce participant conformément à l'article 6 et aussi, dans la

Der Gouverneursrat –
eingedenk

- i) des Übereinkommens über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds („Fondsübereinkommen“), insbesondere der Artikel 3 (Beteiligung), 22 (Organisation des Fonds), 23 (Befugnisse des Gouverneursrats), 24 (Zusammensetzung des Gouverneursrats), 26 (Aufgaben des Direktoriums), 27 (Zusammensetzung des Direktoriums), 29 (Abstimmung) und 51 (Änderungen), sowie
- ii) der im Dokument ADF/BG/2001/08 mit dem Titel „Revision des Übereinkommens über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds zur Erreichung der Gleichberechtigung für Teilnehmerstaaten“ enthaltenen Empfehlungen des Direktoriums –

beschließt hiermit, das Fondsübereinkommen wie folgt zu ändern:

1. Änderung des Artikels 29 Absatz 3 des Fondsübereinkommens (Erwerb von Stimmen durch Teilnehmerstaaten)

Artikel 29 Absatz 3 erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(3) Jeder Teilnehmerstaat verfügt über einen Anteil an der Gesamtstimmzahl der Teilnehmerstaaten, der auf den Zeichnungen des betreffenden Teilnehmers nach Artikel 6 sowie – in dem von den Teilnehmer-

by the State participants in connection with additional subscriptions authorized under Article 7(1) and (2), on such additional subscriptions. However, the total votes to be allocated to regional members that are State participants shall not exceed one per cent of the total votes of State participants. In voting in the Board of Governors, each governor representing a state participant shall be entitled to cast the votes of the participant he represents. (Specific revision in bold).

2. Amendment to Article 29(6) of the Fund Agreement (Implication of Membership in the African Development Bank)

Article 29(6) of the Fund Agreement is hereby amended to read as follows:

6. Notwithstanding any of the other provisions of this Agreement, if a State shall be or become both a State participant and a member it shall, but solely for the purposes of this Agreement, be treated in all respects as if it were not a member.

3. Entry into Force

The amendments to the Fund Agreement contained in this Resolution shall enter into force, as provided in Article 51 of the Fund Agreement, following the adoption of the Resolution and acceptance of the amendments therein by the Members.

mesure où les Etats participants ont accepté des souscriptions additionnelles autorisées en vertu des paragraphes 1 et 2 de l'article 7, en fonction desdites souscriptions additionnelles. Toutefois, le pourcentage total des voix attribuées aux membres régionaux qui sont Etats participants ne dépasse pas un pour cent (1 %) de l'ensemble des voix des Etats participants. Lorsqu'il vote au Conseil des gouverneurs, chaque gouverneur représentant un Etat membre dispose des voix du participant qu'il représente. (la partie révisée est mise en exergue).

2. Amendement à l'article 29(6) de l'Accord du Fonds (Vote et qualité de membre de la Banque africaine de développement)

Le libellé du paragraphe 6 de l'article 29 de l'Accord du Fonds est amendé comme suit:

6. Nonobstant toutes autres dispositions du présent Accord, si un Etat est, ou devient, à la fois Etat participant et membre, cet Etat est traité, aux seules fins de l'Accord, à tous égards comme s'il n'était pas membre.

3. Entrée en vigueur

En vertu des dispositions de l'article 51 de l'Accord du Fonds, l'amendement audit Accord contenu dans la présente résolution entrera en vigueur après l'adoption de la résolution et l'acceptation, par les membres, des modifications qui y sont proposées.

staaten in Zusammenhang mit zusätzlichen, nach Artikel 7 Absätze 1 und 2 genehmigten Zeichnungen vereinbarten Ausmaß – auf derartigen zusätzlichen Zeichnungen beruht. Jedoch dürfen die Stimmen, die regionalen Mitgliedern, die Teilnehmerstaaten sind, zugewiesen werden, insgesamt ein Prozent der gesamten Stimmen der Teilnehmerstaaten nicht übersteigen. Bei Abstimmungen im Gouverneursrat ist jeder einen Teilnehmerstaat vertretende Gouverneur befugt, die Stimmen des von ihm vertretenen Teilnehmers abzugeben.

2. Änderung des Artikels 29 Absatz 6 des Fondsübereinkommens (Auswirkung der Mitgliedschaft in der Afrikanischen Entwicklungsbank)

Artikel 29 Absatz 6 des Fondsübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(6) Ungeachtet aller sonstigen Bestimmungen dieses Übereinkommens wird ein Staat, der sowohl Teilnehmerstaat als auch Mitglied ist oder wird, wenn auch nur im Sinne dieses Übereinkommens, in jeder Beziehung wie ein Nichtmitglied behandelt.

3. Inkrafttreten

Die in dieser EntschlieÙung enthaltenen Änderungen des Fondsübereinkommens treten gemäß Artikel 51 des Fondsübereinkommens nach Annahme der EntschlieÙung und Annahme der darin enthaltenen Änderungen durch die Mitglieder in Kraft.

EntschlieÙung F/BG/2008/07

Angenommen auf der ersten Sitzung der vierunddreiÙigsten Jahrestagung
des Afrikanischen Entwicklungsfonds am 14. Mai 2008

Änderung des Artikels 15 Absatz 4 des Übereinkommens
über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds zum Thema Beschaffung

Resolution F/BG/2008/07

Adopted at the First Sitting of the Thirty-Fourth Annual Meeting
of the African Development Fund, on 14 May 2008

Amendment of Article 15(4) of the Agreement Establishing
the African Development Fund concerning Procurement

Résolution F/BG/2008/07

Adoptée à la première séance de la Trente-quatrième Assemblée annuelle
du Fonds africain de développement, le 14 mai 2008

Amendement de l'article 15 (4) de l'Accord portant création du
Fonds africain de développement relatif à la passation des marchés

(Übersetzung)

The Board of Governors,

Having regard to the Agreement Establishing the African Development Fund (the "Fund Agreement"), in particular Articles 2 (Purpose); 4 (Resources); 15(4)(a) (Conditions of Financing); 23 (Board of Governors: Powers); 25 (Board of Governors: Procedure); 29 (Voting) and 51 (Amendments);

Recognizing that donor coordination and harmonization of procedures is essential in the context of the Paris Declaration on Aid Effectiveness;

Aware of the need to harmonize the procurement rules of the Fund with those of other development partners with a view to increasing competitiveness and development effectiveness of the Fund;

Having considered Document ADF/BG/WP/2008/11, in particular the recommendations contained therein for the amendment of Article 15(4)(a) of the Fund Agreement;

Hereby decides to amend the Fund Agreement by deleting Article 15(4)(a) of the Fund Agreement, and that the amended Article 15(4) shall read as follows:

4. Procurement shall be on the basis of international competition among eligible suppliers except in cases where the Board

Le Conseil des gouverneurs,

Vu l'Accord portant création du Fonds africain de développement, (l'«Accord du Fonds»), en particulier les articles 2 (Objectifs), 4 (Ressources), 15 (4) (a) (Conditions de financement), 23 (Conseil des gouverneurs: Pouvoirs), 25 (Conseil des gouverneurs: Procédure), 29 (Vote) et 51 (Amendements);

Reconnaissant que la coordination entre donateurs et l'harmonisation des procédures sont des facteurs essentiels dans le contexte de la Déclaration de Paris sur l'efficacité de l'aide;

Conscient de la nécessité d'harmoniser les règles de passation des marchés du Fonds avec celles des autres partenaires au développement afin d'accroître la compétitivité du Fonds et son efficacité en matière de développement;

Ayant examiné le Document ADF/BG/WP/2008/11, en particulier les recommandations qui y sont contenues pour l'amendement de l'article 15 (4) (a) de l'Accord du Fonds;

décide par la présente résolution d'amender l'Accord du Fonds en supprimant l'article 15 (4) (a) de l'Accord du Fonds et que l'article 15 (4) ainsi amendé se lira comme suit:

4. L'acquisition de ces biens et services se fait par un appel à la concurrence internationale entre les fournisseurs répondant

Der Gouverneursrat –

eingedenk des Übereinkommens über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds („Fondsübereinkommen“), insbesondere der Artikel 2 (Zweck), 4 (Vermögenswerte), 15 Absatz 4 Buchstabe a (Finanzierungsbedingungen), 23 (Befugnisse des Gouverneursrats), 25 (Verfahren des Gouverneursrats), 29 (Abstimmung) und 51 (Änderungen);

in Anerkennung der Tatsache, dass Gerberkoordinierung und Harmonisierung der Verfahren im Zusammenhang mit der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit von zentraler Bedeutung sind;

im Bewusstsein der Notwendigkeit, die Beschaffungsregeln des Fonds mit jenen anderer Entwicklungspartner zu harmonisieren, um auf diese Weise die Wettbewerbsfähigkeit und die Wirksamkeit des Fonds im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zu steigern;

nach Prüfung des Dokuments ADF/BG/WP/2008/11, insbesondere der darin enthaltenen Empfehlungen bezüglich der Änderung des Artikels 15 Absatz 4 Buchstabe a des Fondsübereinkommens –

beschließt hiermit, das Fondsübereinkommen in der Form zu ändern, dass Artikel 15 Absatz 4 Buchstabe a des Fondsübereinkommens gelöscht wird und der geänderte Artikel 15 Absatz 4 folgenden Wortlaut erhält:

(4) Die Beschaffung erfolgt auf der Grundlage internationaler Ausschreibungen unter den in Betracht kommenden Lieferan-

of Directors determines that such international competition would not be justified.

Further decides that the amendment to the Fund Agreement provided for in this Resolution shall enter into force on the date set forth in Article 51(1) of the Fund Agreement, following the adoption of this Resolution and the acceptance of the amendment therein by the participants (including State participants) in accordance with Article 51 of the Fund Agreement.

aux conditions fixées, sauf dans le cas où le Conseil d'administration estime que l'appel à la concurrence internationale n'est pas justifié.

Décide en outre que l'amendement à l'Accord du Fonds prévu dans la présente résolution entrera en vigueur à la date spécifiée à l'article 51 (1) de l'Accord du Fonds, après l'adoption de la présente résolution et l'acceptation de l'amendement y contenu par les participants (y compris les Etats participants) conformément à l'article 51 de l'Accord du Fonds.

ten, außer in solchen Fällen, in denen das Direktorium entscheidet, dass eine internationale Ausschreibung nicht gerechtfertigt wäre.

Er beschließt des Weiteren, dass die in dieser EntschlieÙung vorgesehene Änderung des Fondsübereinkommens an dem in Artikel 51 Absatz 1 des Fondsübereinkommens festgelegten Tag in Kraft tritt, und zwar nach Annahme dieser Entscheidung und Annahme der darin enthaltenen Änderung durch die Teilnehmer (einschließlich der Teilnehmerstaaten) gemäß Artikel 51 des Fondsübereinkommens.

Entschließung F/BG/2010/03

Angenommen auf der ersten Sitzung der sechsunddreißigsten Jahrestagung
des Afrikanischen Entwicklungsfonds am 27. Mai 2010
über die Erhöhung der Anzahl von Exekutivdirektoren
nach dem Übereinkommen zur Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds

Resolution F/BG/2010/03

Adopted at the First Sitting of the Thirty-Sixth Annual Meeting
of the African Development Fund, on 27 May 2010
Concerning Increase in the number of Executive Directors
under the Agreement Establishing the African Development Fund

Résolution F/BG/2010/03

Adoptée à la première séance de la Trente-sixième Assemblée annuelle
du Fonds africain de développement, le 27 mai 2010
Relative à l'augmentation du nombre des administrateurs prévus dans
l'Accord portant création du Fonds africain de développement

(Übersetzung)

The Board of Governors,

Having regard to the agreement establishing the African Development Fund (the "Fund Agreement"), in particular Articles 23 (Board of Governors: Powers), 25 (Board of Governors: Procedure), 29 (Voting) and 51 (Amendments);

Taking note of the Report of the Governors' Consultative Committee (GCC) of the African Development Bank (the "Bank") recommending a change in the composition of the Board of Directors of the Bank contained in Document ADB/BG/GCC-XI/2010/Final/Rev.1 and the adoption by the Board of Governors of the Bank of Resolution B/BG/2010/11 approving the recommendations of the GCC;

Hereby decides to increase the number of Executive Directors under Article 27(1), (2), and (3) of the Fund Agreement so that the provision reads as follows:

1. There shall be a Board of Directors composed of fourteen Directors.
2. The State participants shall, pursuant to Schedule B, select seven directors and seven alternate directors.
3. The Bank shall, pursuant to Schedule B, designate seven directors and their alternates from the Board of Directors of the Bank.

Further decides that, notwithstanding the provisions of Article 51(1) of the Fund Agreement, this increase in the number of Executive Directors reflected in the Fund Agreement and contained in this Resolution

Le Conseil des gouverneurs,

Vu l'Accord portant création du Fonds africain de développement (l'«Accord du Fonds»), en particulier les articles 23 (Conseil des gouverneurs: Pouvoirs), 25 (Conseil des gouverneurs: Procédure), 29 (Vote) et 51 (Amendements);

Prenant note du Rapport du Comité consultatif des gouverneurs (CCG) de la Banque africaine de développement (la «Banque»), tel que figurant dans le document ADB/BG/GCC-XI/2010/Final recommandant un changement dans la composition du Conseil d'administration de la Banque et l'adoption par le Conseil des gouverneurs de la Banque de la Résolution B/BG/2010/11 approuvant la recommandation du CCG;

par la présente Résolution décide d'augmenter le nombre d'administrateurs prévus dans l'article 27 (1), (2), et (3) de l'Accord du Fonds de la manière suivante:

1. Le Conseil d'administration se compose de quatorze administrateurs.
2. Les Etats participants choisissent, conformément à l'Annexe B, sept administrateurs et sept administrateurs suppléants.
3. La Banque désigne, conformément à l'Annexe B, sept administrateurs et leurs suppléants parmi les membres du Conseil d'administration de la Banque.

Décide en outre que, nonobstant les dispositions de l'article 51 de l'Accord du Fonds, cette augmentation du nombre d'administrateurs reflétée dans l'Accord du Fonds et contenue dans la présente Réso-

Der Gouverneursrat –

eingedenk des Übereinkommens zur Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds („Fondsübereinkommen“), insbesondere der Artikel 23 (Befugnisse des Gouverneursrats), 25 (Verfahren des Gouverneursrats), 29 (Abstimmung) und 51 (Änderungen);

unter Berücksichtigung des Berichts des Beratungsausschusses der Gouverneure der Afrikanischen Entwicklungsbank („Bank“), der eine Veränderung der Zusammensetzung des Direktoriums der Bank, wie in Dokument ADB/BG/GCC-XI/2010/Final/Rev.1 enthalten, empfiehlt, und der Annahme der Entschließung B/BG/2010/11 durch den Gouverneursrat der Bank, mit der die Empfehlungen des Beratungsausschusses gebilligt werden –

beschließt hiermit, die Anzahl der Exekutivdirektoren nach Artikel 27 Absätze 1, 2 und 3 des Fondsübereinkommens zu erhöhen, so dass die Absätze wie folgt lauten:

- (1) Es wird ein aus vierzehn Direktoren bestehendes Direktorium gebildet.
- (2) Die Teilnehmerstaaten wählen nach Anlage B sieben Direktoren und sieben Stellvertretende Direktoren.
- (3) Die Bank bestellt nach Anlage B sieben Direktoren und deren Stellvertreter aus dem Kreis des Direktoriums der Bank.

Er beschließt des Weiteren, dass unbeschadet des Artikels 51 Absatz 1 des Fondsübereinkommens diese Erhöhung der Anzahl der Exekutivdirektoren, wie sie im Fondsübereinkommen zum Ausdruck

shall enter into force with immediate effect to allow for the orderly conduct of the selection for the Board of Directors during this Annual Meeting.

lution entrera en vigueur avec effet immédiat afin de permettre le bon déroulement de la sélection des membres du Conseil d'administration au cours de cette Assemblée annuelle.

kommt und in dieser EntschlieÙung enthalten ist, mit sofortiger Wirkung in Kraft tritt, um eine ordnungsgemäÙe Durchführung der Wahl von Direktoren während dieser Jahrestagung zu ermöglichen.

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes
betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution
und die Kinderpornographie**

Vom 2. November 2011

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 31. Oktober 2008 zu dem Fakultativprotokoll vom 25. Mai 2000 zum Übereinkommen vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie (BGBl. 2008 II S. 1222, 1223) wird bekannt gemacht, dass das Fakultativprotokoll nach seinem Artikel 14 Absatz 2 für die

Bundesrepublik Deutschland	am	15. August 2009
----------------------------	----	-----------------

in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunde ist am 15. Juli 2009 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen als Verwahrer des Fakultativprotokolls hinterlegt worden.

Ferner ist das Fakultativprotokoll nach seinem Artikel 14 Absatz 1 für folgende Staaten in Kraft getreten:

Andorra	am	18. Januar 2002
Bangladesch	am	18. Januar 2002
Heiliger Stuhl	am	18. Januar 2002
Island	am	18. Januar 2002
Kasachstan	am	18. Januar 2002
Kongo, Demokratische Republik	am	18. Januar 2002
Kuba	am	18. Januar 2002
Marokko	am	18. Januar 2002
Norwegen	am	18. Januar 2002
Panama	am	18. Januar 2002
Rumänien	am	18. Januar 2002
Sierra Leone	am	18. Januar 2002
Spanien*)	am	18. Januar 2002
nach Maßgabe eines bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 10. September 2002 erklärten Einspruchs zu dem Vorbehalt Katars		
Uganda	am	18. Januar 2002
Vietnam*)	am	18. Januar 2002
nach Maßgabe eines bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 20. Dezember 2001 abgegebenen Vorbehalts zu Artikel 5 Absatz 1 bis 4 des Fakultativprotokolls, der am 26. März 2009 zurückgezogen wurde.		

Das Fakultativprotokoll ist nach seinem Artikel 14 Absatz 2 für folgende Staaten in Kraft getreten:

Afghanistan	am	19. Oktober 2002
Ägypten	am	12. August 2002
Albanien	am	5. März 2008
Algerien	am	27. Januar 2007
Angola	am	24. April 2005
Antigua und Barbuda	am	30. Mai 2002
Äquatorialguinea	am	7. März 2003
Argentinien*) nach Maßgabe einer bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 25. September 2003 abgegebenen Erklärung zu den Artikeln 2, 3 und 7 des Fakultativprotokolls	am	25. Oktober 2003
Armenien	am	30. Juli 2005
Aserbaidshan	am	3. August 2002
Australien	am	8. Februar 2007
Bahrain	am	21. Oktober 2004
Belarus	am	23. Februar 2002
Belgien*) nach Maßgabe einer bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 17. März 2006 abgegebenen Erklärung	am	17. April 2006
Belize	am	1. Januar 2004
Benin	am	28. Februar 2005
Bhutan	am	26. November 2009
Bolivien, Plurinationaler Staat	am	3. Juli 2003
Bosnien und Herzegowina	am	4. Oktober 2002
Botsuana	am	24. Oktober 2003
Brasilien	am	27. Februar 2004
Brunei Darussalam	am	21. Dezember 2006
Bulgarien	am	12. März 2002
Burkina Faso	am	30. April 2006
Burundi	am	6. Dezember 2007
Chile	am	6. März 2003
China (einschließlich Macau, nicht für Hongkong)	am	3. Januar 2003
Costa Rica	am	9. Mai 2002
Côte d'Ivoire	am	19. Oktober 2011
Dänemark*) (nicht für Färöer und Grönland) nach Maßgabe einer bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 24. Juli 2003 abgegebenen Erklärung zu Artikel 2 Buchstabe c des Fakultativprotokolls	am	24. August 2003
Dominica	am	20. Oktober 2002
Dominikanische Republik	am	6. Januar 2007
Dschibuti	am	27. Mai 2011
Ecuador	am	29. Februar 2004
El Salvador	am	17. Juni 2004
Eritrea	am	16. März 2005
Estland	am	3. September 2004
Frankreich	am	5. März 2003
Gabun	am	1. November 2007
Gambia	am	8. Mai 2010
Georgien	am	28. Juli 2005

Griechenland	am	22. März 2008
Guatemala	am	9. Juni 2002
Guinea-Bissau	am	1. Dezember 2010
Guyana	am	30. August 2010
Honduras	am	8. Juni 2002
Indien	am	16. September 2005
Irak	am	24. Juli 2008
Iran, Islamische Republik	am	26. Oktober 2007
Israel	am	23. August 2008
Italien	am	9. Juni 2002
Jamaika	am	26. September 2011
Japan	am	24. Februar 2005
Jemen	am	15. Januar 2005
Jordanien	am	4. Januar 2007
Kambodscha	am	30. Juni 2002
Kanada	am	14. Oktober 2005
Kap Verde	am	10. Juni 2002
Katar*)	am	18. Januar 2002
		nach Maßgabe eines bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 14. Dezember 2001 abgegebenen und am 18. Juni 2008 zurückgezogenen Vorbehalts unter Bezugnahme auf die Islamische Scharia
Kirgisistan	am	12. März 2003
Kolumbien	am	11. Dezember 2003
Komoren	am	23. März 2007
Kongo	am	27. November 2009
Korea, Republik	am	24. Oktober 2004
Kroatien	am	13. Juni 2002
Kuwait*)	am	26. September 2004
		nach Maßgabe eines bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 26. August 2004 erklärten Vorbehalts zu Artikel 3 Absatz 5 des Fakultativprotokolls
Laos, Demokratische Volksrepublik*)	am	20. Oktober 2006
		nach Maßgabe eines bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 20. September 2006 erklärten Vorbehalts zu Artikel 5 Absatz 2 des Fakultativprotokolls
Lesotho	am	24. Oktober 2003
Lettland	am	22. März 2006
Libanon	am	8. Dezember 2004
Libyen	am	18. Juli 2004
Litauen	am	5. September 2004
Luxemburg	am	2. Oktober 2011
Madagaskar	am	22. Oktober 2004
Malawi	am	7. November 2009
Malediven	am	10. Juni 2002
Mali	am	16. Juni 2002
Malta	am	28. Oktober 2010
Mauretanien	am	23. Mai 2007
Mauritius	am	14. Juli 2011
Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik	am	17. November 2003
Mexiko	am	15. April 2002
Moldau, Republik	am	12. Mai 2007
Monaco	am	24. Oktober 2008

Mongolei	am	27. Juli 2003
Mosambik	am	6. April 2003
Namibia	am	16. Mai 2002
Nepal	am	20. Februar 2006
Neuseeland (nicht für Tokelau)	am	20. Oktober 2011
Nicaragua	am	2. Januar 2005
Niederlande		
– europäischer Teil	am	23. September 2005
– Aruba	am	17. Oktober 2006
– karibischer Teil (Bonaire, Saba, St. Eustatius)	am	10. Oktober 2010
Niger	am	26. November 2004
Nigeria	am	27. Oktober 2010
Oman	am	17. Oktober 2004
Österreich	am	6. Juni 2004
Pakistan	am	5. August 2011
Paraguay	am	18. September 2003
Peru	am	8. Juni 2002
Philippinen	am	28. Juni 2002
Polen	am	4. März 2005
Portugal	am	16. Juni 2003
Ruanda	am	14. April 2002
San Marino	am	26. Oktober 2011
Saudi-Arabien	am	18. September 2010
Schweden*)	am	19. Februar 2007
nach Maßgabe einer bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 19. Januar 2007 abgegebenen Erklärung zu Artikel 2 Buchstabe c des Fakultativprotokolls		
Schweiz	am	19. Oktober 2006
Senegal	am	5. Dezember 2003
Slowakei	am	25. Juli 2004
Slowenien	am	23. Oktober 2004
Sri Lanka	am	22. Oktober 2006
Südafrika	am	30. Juli 2003
Sudan	am	2. Dezember 2004
Syrien*)	am	15. Juni 2003
nach Maßgabe eines bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 15. Mai 2003 eingelegten Vorbehalts zu Artikel 3 Absatz 5 und 1 Buchstabe a des Fakultativprotokolls		
Tadschikistan	am	5. September 2002
Tansania, Vereinigte Republik	am	24. Mai 2003
Thailand	am	11. Februar 2006
Timor-Leste	am	16. Mai 2003
Togo	am	2. August 2004
Tschad	am	28. September 2002
Tunesien	am	13. Oktober 2002
Türkei*)	am	19. September 2002
nach Maßgabe einer bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 19. August 2002 abgegebenen Erklärung		
Turkmenistan	am	28. April 2005
Ukraine	am	3. August 2003

Ungarn	am	24. März 2010
Uruguay	am	3. August 2003
Usbekistan	am	23. Januar 2009
Vanuatu	am	17. Juni 2007
Venezuela	am	8. Juni 2002
Vereinigte Staaten*)	am	23. Januar 2003
nach Maßgabe eines Vorbehalts und mehrerer Erklärungen, die bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 23. Dezember 2002 abgegeben wurden		
Vereinigtes Königreich	am	20. März 2009
Zypern	am	6. Mai 2006.

*) Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Protokoll, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar.

Berlin, den 2. November 2011

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens von 1979
über den Such- und Rettungsdienst auf See**

Vom 2. November 2011

Das Internationale Übereinkommen von 1979 über den Such- und Rettungsdienst auf See (BGBl. 1982 II S. 485, 486) ist nach seinem Artikel V Absatz 3 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Antigua und Barbuda	am	19. September 2010
Bangladesch	am	7. September 2011
Ghana	am	12. Februar 2011
Palau	am	29. Oktober 2011
Seychellen	am	9. Oktober 2010.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 1. September 2010 (BGBl. II S. 1274).

Berlin, den 2. November 2011

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe
in der durch das Änderungsprotokoll vom 25. März 1972 geänderten Fassung**

Vom 2. November 2011

Das Einheits-Übereinkommen von 1961 vom 30. März 1961 über Suchtstoffe in der durch das Änderungsprotokoll vom 25. März 1972 geänderten Fassung (BGBl. 1977 II S. 111, 112) tritt nach seinem Artikel 46 Absatz 2 für

Bolivien, Plurinationaler Staat am 1. Januar 2012
außer Kraft.

Die Kündigung des Einheits-Übereinkommens durch den Plurinationalen Staat Bolivien wurde am 29. Juni 2011 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen als Verwahrer des Übereinkommens übermittelt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 29. Juni 2009 (BGBl. II S. 822).

Berlin, den 2. November 2011

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über den Zugang zu Informationen,
die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren
und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten
(Aarhus-Übereinkommen)**

Vom 2. November 2011

Das Übereinkommen vom 25. Juni 1998 über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (Aarhus-Übereinkommen) (BGBl. 2006 II S. 1251, 1252) wird nach seinem Artikel 20 Absatz 3 für

Island am 18. Januar 2012
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 11. November 2010 (BGBl. II S. 1558).

Berlin, den 2. November 2011

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls über die Vorrechte und Immunitäten
der Internationalen Meeresbodenbehörde**

Vom 2. November 2011

Das Protokoll vom 27. März 1998 über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Meeresbodenbehörde (BGBl. 2007 II S. 195, 196) wird nach seinem Artikel 18 Absatz 2 für

Guyana am 24. November 2011
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 2. März 2011 (BGBl. II S. 458).

Berlin, den 2. November 2011

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen**

Vom 2. November 2011

Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 (BGBl. 1994 II S. 1798, 1799; 1997 II S. 1402) ist nach seinem Artikel 308 Absatz 2 für

Thailand*) am 14. Juni 2011
nach Maßgabe von bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 15. Mai 2011
abgegebenen Vorbehalten und Erklärungen zu den Artikeln 310 und 298 des
Übereinkommens
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 10. August 2011 (BGBl. II S. 838).

*) Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar.

Berlin, den 2. November 2011

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Zusatzprotokolls
zum Übereinkommen zum Schutz des Menschen
bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten
betreffend Kontrollstellen und grenzüberschreitenden Datenverkehr**

Vom 2. November 2011

Das Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 (BGBl. 2002 II S. 1882, 1887) zum Übereinkommen vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten (BGBl. 1985 II S. 538, 539) betreffend Kontrollstellen und grenzüberschreitenden Datenverkehr wird nach seinem Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe b für

Moldau, Republik am 1. Januar 2012
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 26. Mai 2011 (BGBl. II S. 684, 824).

Berlin, den 2. November 2011

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Zusatzprotokolls
gegen die Schleusung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg
zum Übereinkommen der Vereinten Nationen
gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität**

Vom 2. November 2011

Das Zusatzprotokoll vom 15. November 2000 gegen die Schleusung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg zum Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 15. November 2000 gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (BGBl. 2005 II S. 954, 1007) ist nach seinem Artikel 22 Absatz 2 für

Antigua und Barbuda am 19. März 2010
Haiti am 19. Mai 2011
Indien am 4. Juni 2011
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 28. März 2011 (BGBl. II S. 812).

Berlin, den 2. November 2011

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz
Postanschrift: 11015 Berlin
Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
Telefon: (0 30) 18 580-0
Redaktion: Bundesamt für Justiz
Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II
Postanschrift: 53094 Bonn
Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn
Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mbH.
Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln
Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige
Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundes-
gesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durch-
setzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende
Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnements-
bestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 45,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 5,10 € (4,20 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten).
Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz
beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes

Vom 2. November 2011

Die Konvention vom 9. Dezember 1948 über die Verhütung und Bestrafung
des Völkermordes (BGBl. 1954 II S. 729, 730) wird nach ihrem Artikel XIII Ab-
satz 3 für

Kap Verde am 8. Januar 2012
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom
18. Februar 2010 (BGBl. II S. 122).

Berlin, den 2. November 2011

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney